

BILDUNG REAL

Das Magazin des Verbandes Deutscher Realschullehrer und der Lehrkräfte an Schulen im Sekundarbereich



MENTALE GESUNDHEIT IM FOKUS

9 | **VDR zu Gast bei Intel-Dell:**
Im „Klassenraum der Zukunft“

20 | **VDR Frauen:**
Hauptversammlung der
dbb bundesfrauenvertretung

38 | **Neverending Story:**
Sommerferien in Deutschland

INHALT

MENTALE GESUNDHEIT



6 Dauerbelastungen bestimmen den schulischen Alltag der Schülerinnen und Schüler immer mehr ...



9 Wie kann der „Klassenraum der Zukunft“ aussehen? Intel-Dell haben Antworten ...



20 Auf der Hauptversammlung der dbb Bundesfrauenvertretung

EINBLICKE UND AUSBLICKE 4

MENTALE GESUNDHEIT IM FOKUS

Schule muss Schutzraum und Lernort zugleich sein 6

EIN BLICK IN DIE ZUKUNFT DER BILDUNG

Verbandsdelegation zu Gast bei Intel-Dell in Halle (Saale) 9

MOBILE.SCHULE TAGUNG

Verbände vernetzen sich für die Schule von morgen 12

SCHULEWIRTSCHAFT-PREIS 2025

Gelebte Kooperationen zwischen Schule und Unternehmen 14

3 FRAGEN AN ...

Christian Kurz 16

VDR-JUGEND

Bericht vom Bundesjugendausschuss der dbb jugend vom 6. bis 8. November in Magdeburg 17

VDR-Jugendtagung in Fulda: Neuwahlen und Austausch im Fokus 18

ARBEITSTAGUNG IN KASSEL

Impressionen der Bundesvorstandssitzung in Kassel 19

VDR FRAUEN

Frauenpolitische Fachtagung: Gegen Antifeminismus und Extremismus 20

Hauptversammlung der dbb Bundesfrauenvertretung: Starke Stimmen für Gleichstellung und Berufsbeamtentum 20

GESCHLOSSENHEIT ZEIGEN – SIGNAL SETZEN

Der VDR auf den Regionalkonferenzen zur Einkommensrunde der Länder 22

Anschlüsse erreichen! Beitrag und Kommentar von Ulrich Gräler 24

AUS DEN LÄNDERN

Bayern 26

Hessen 27

Niedersachsen 28

Nordrhein-Westfalen: 248 Handlungsempfehlungen 30

Eine gewaltige Herausforderung 32

Saarland: IQB-Studie bestätigt Versäumnisse in der Bildungspolitik 33

Das „Blaulicht-Fach“ an der Gemeinschaftsschule Bruchwiese startet durch! 34

INHALT

<i>Sachsen:</i> Der Sächsische Lehrerverband zur Arbeitszeitstudie	35
<i>Sachsen-Anhalt:</i> Neuer Bildungsminister und Abschaffung der Vorgriffsstunde ..	36
EINLADUNG ZUR BUNDESDELEGIERTENVERSAMMLUNG	37
A NEVER ENDING STORY – SOMMERFERIEN IN DEUTSCHLAND	38
NEUE UNTERRICHTSFÄCHER WIE GLÜCK, DEMOKRATIEBILDUNG ODER KRISENVORSORGE. WAS KOMMT ALS NÄCHSTES?	40
TIPPS, TERMINE VERANSTALTUNGEN	42
IMPRESSUM	43



38 Happy Holidays – für alle Bundesländer?

Anzeige

**STARK, WENN'S
DRAUF ANKOMMT**

EXKLUSIV FÜR PKV-MITGLIEDER

**Beste Leistungen erlebst du,
weil wir mit ganzem Herzen
für dich da sind.**

Als Marktführer mit 120 Jahren Erfahrung sind wir an deiner Seite – ein Leben lang. Von Generation zu Generation. Gegründet von Mitgliedern für Mitglieder.



Mehr Infos?
Hier scannen!



Debeka

Das **Füreinander** zählt.

EINBLICKE UND AUSBLICHE



Ralf Neugschwender,
Bundesvorsitzender

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

im Moment, in dem ich diesen Artikel schreibe, bin ich bereits dabei, meinen Koffer zu packen, um nach Krakau zu reisen. Dort werde ich an einem Symposium von Schulleitungen aus ganz Europa teilnehmen und gemeinsam mit der Delegation auch das ehemalige deutsche Vernichtungslager Auschwitz besuchen. Veranstalter ist die European Jewish Association – und es ist mir wichtig zu sagen, dass neben dem dbb auch der VDR als Partnerorganisation dieses Symposiums fungiert. Die Erinnerung an die Verbrechen des nationalsozialistischen Deutschlands ist ein Auftrag an uns alle. Doch dieser Auftrag wird schwerer, wenn die Erinnerung verblasst und politische Kräfte vom rechten Rand bewusst darauf hinarbeiten, nationalistische Ideologien wieder erstarken zu lassen.

Gerade in dieser Situation kommt Schulen eine besondere Verantwortung zu. Erinnerungskultur ist kein abstrakter Begriff, sondern ein pädagogischer Auftrag, der täglich gelebt werden muss. Unsere Schularten haben traditionell eine sehr heterogene Schülerschaft; besonders in städtischen Räumen ist der Anteil der Kinder und Jugendlichen mit Migrationsgeschichte – häufig aus mehrheitlich muslimisch geprägten Familien – in den vergangenen Jahren stark gewachsen. Damit gehen Chancen einher: Perspektivenvielfalt, kulturelle Prägungen und Sprachenreichtum bereichern das Lernen. Gleichzeitig erleben viele Lehrkräfte aber auch große Herausforderungen. Immer wieder berichten Kolleginnen und Kollegen von antisemitischen Haltungen, die aus dem Elternhaus, aus Peergroups oder durch mediale Einflüsse mitgebracht werden und denen sie im Unterricht und im Schulleben pädagogisch verantwortungsvoll begegnen müssen.

Der Kampf gegen Antisemitismus gehört zu unseren wichtigsten Anliegen – und ich bin überzeugt: Wer Antisemitismus bekämpft, verteidigt unsere Demokratie. Spätestens seit dem Terrorangriff der Ha-

mas auf Israel hat die Zahl antisemitischer Vorfälle in Deutschland deutlich zugenommen. Die Zahlen des RIAS sprechen eine unmissverständliche Sprache: Seit dem 7. Oktober 2023 wurden über 2.200 Versammlungen mit antisemitischen Inhalten dokumentiert – ein drastischer Anstieg und eine bedrückende „Normalität“, die uns alle alarmieren muss. Lehrkräfte brauchen darum Orientierung und Unterstützung, um mit den Haltungen, Emotionen und individuellen Hintergründen ihrer Schülerinnen und Schüler professionell umgehen zu können.

Ein eindrucksvolles Beispiel, wie sehr das Thema die Kollegien bewegt, bot der 56. Mülheimer Kongress von Lehrer nrw Ende November. Rund 100 engagierte Kolleginnen und Kollegen setzten sich dort intensiv mit der Frage auseinander, wie Schulen Antisemitismus, Rassismus und Diskriminierung begegnen können. Es war ein herausforderndes, zugleich aber dringend notwendiges Tagungsthema. Ich danke den Kolleginnen und Kollegen in NRW ausdrücklich für ihren Mut, diesen Schwerpunkt zu setzen, und für ihr Engagement, Lehrkräften fundierte Fakten, Handlungssicherheit und konkrete Unterstützung für ihren Schulalltag bereitzustellen.

Neben diesem inhaltlichen Schwerpunkt widmen wir diese Ausgabe unserer Verbandszeitschrift einem weiteren Thema, das uns im VDR besonders wichtig ist: der mentalen Gesundheit. Dass eine Kampagne hierzu von der Bundesschülerkonferenz selbst ausgeht, halte ich für ein starkes Signal. Es ist beeindruckend, wie es den Schülerinnen und Schülern gelungen ist, eine breite Allianz aus Verbänden und Organisationen zusammenzubringen und ein fachlich herausragendes Forderungspapier zu entwickeln. Wir als VDR haben diesen Prozess nicht nur gerne begleitet, sondern unterstützen die Forderungen ausdrücklich.

Denn Schule muss ein Wohlfühlort für Schülerinnen, Schüler – und auch für Lehrkräfte – sein. Junge Menschen verbringen einen großen Teil ihrer Lebenszeit in der

Schule, und daher ist es unsere gemeinsame Aufgabe, Lernorte zu schaffen, die Sicherheit, Orientierung und Verlässlichkeit bieten. Dafür braucht es gut ausgestattete Schulen: moderne Gebäude, zeitgemäße Lernräume und vor allem ausreichend pädagogisches Personal. Dass die Forderung nach mehr Personal an erster Stelle der Bundesschülerkonferenz steht, überrascht daher nicht. Auch die Entlastung der Lehrkräfte gehört zu den zentralen Anliegen der Schülerinnen und Schüler.

Unseren Lehrkräften ist eines ganz besonders wichtig: ausreichend Zeit für guten Unterricht zu haben. Unterricht ist der Kern schulischer Arbeit. Deshalb müssen wir Bürokratie abbauen, redundante Aufgaben streichen und den Druck reduzieren, ständig zusätzliche Tätigkeiten „on top“ zu übernehmen. Teilzeitregelungen oder Unterrichtsverpflichtungen dürfen nicht zur Disposition gestellt werden. Gleichzeitig braucht es mehr schulpсихologisches Fachpersonal und eine solide ausgestattete Schulsozialarbeit. Insbesondere dann, wenn Kinder und Jugendliche unter Angststörungen, Depressionen, Selbstverletzungen oder Essstörungen leiden, darf niemand aus dem Blick geraten.

In einer Zeit, die von Unsicherheit geprägt ist, brauchen junge Menschen Stabilität. Viele Jugendliche blicken sorgenvoll in die Zukunft – geprägt von Krisen, von Ausgrenzung in sozialen Medien und dem Gefühl, von Politik und Institutionen nicht ausreichend gehört zu werden. Schulen müssen darum Orte sein, an denen wir zuhören, Orientierung geben und ein Umfeld schaffen, das alle Lernenden stärkt. Und dabei dürfen wir unsere Lehrkräfte nicht vergessen.

Dies gilt auch mit Blick auf die anstehenden Einkommensrunden 2025/2026 mit der Tarifgemeinschaft deutscher Länder. Der dbb Beamtenbund und Tarifunion, unser Dachverband, geht mit einer Forderung von 7 Prozent sowie weiteren strukturellen und berufsspezifischen Erwartungen in die Verhandlungen. Davon betroffen sind alle tarifbeschäftigten Lehrkräfte und das

zusätzliche pädagogische Personal in den Ländern – und selbstverständlich auch die beamteten Kolleginnen und Kollegen, auf die das Ergebnis anschließend übertragen werden soll. Bereits im Vorfeld wurden aus politischen Kreisen leider wenig konstruktive Signale ausgesendet. Umso wichtiger wird die starke Unterstützung aller Beschäftigten sein, um in diesen schwierigen Verhandlungen ein gutes Ergebnis zu erzielen. Es wird schwer – aber es kommt auf jede und jeden Einzelnen an.

Sie sehen: Am Ende dieses Jahres beschäftigen uns viele Themen, die kaum zulassen, dass wir eine „stille Zeit“, eine ruhige Adventszeit, verbringen können. Gerade jetzt wäre es so wichtig, sich auf das Wesentliche zu besinnen, die Beschleunigung aus dem Alltag zu nehmen, persönliche Kontakte zu pflegen und innezuhalten.

Ich wünsche Ihnen und Ihren Familien eine gesegnete Weihnachtszeit und ein gesundes, gutes und positives neues Jahr. Sammeln Sie Kraft – damit wir gemeinsam 2026 die Welt an unseren Schulen und darüber hinaus ein Stück besser machen können.

Mit kollegialen Grüßen

Ihr Ralf Neugschwender,
Bundesvorsitzender VDR

MENTALE GESUNDHEIT

EIN BEITRAG VON KERSTIN MÜCK UND RALF NEUGSCHWENDER



Schule muss **SCHUTZRAUM UND LERNORT** zugleich sein

In den vergangenen Jahren ist für uns beide deutlich geworden, wie sehr das Thema „Mentale Gesundheit“ den schulischen Alltag bestimmt. Die Lebenswirklichkeit unserer Schülerinnen und Schüler – und auch die Arbeit der Lehrkräfte – ist geprägt von den Nachwirkungen der Pandemie, globalen Krisen und gesellschaftlichen Spannungen. Dass diese Belastungen immer häufiger zu Angststörungen, Depressionen, Essstörungen oder Selbstverletzungen führen, überrascht uns längst nicht mehr. Im Gegenteil: Es zeigt, wie dringend Schule zu einem Ort werden muss, der jungen Menschen Orientierung, Sicherheit und echtes Wohlbefinden bietet – einem Raum, in dem sie mit ihren Sorgen nicht alleine bleiben.

Als Verband Deutscher Realschullehrer (VDR) weisen wir immer wieder darauf hin, wie wichtig stabile Rahmenbedingungen sind. Moderne Schulgebäude, eine gute Ausstattung und vor allem ausreichend qualifiziertes Fachpersonal – darunter Schulpsychologinnen, Schulsozialarbeit und weitere unterstützende Professionen – sind unverzichtbar, damit kein Kind und kein Jugendlicher durchs Raster fällt. Diese Einschätzung speist sich aus jahrelanger Erfahrung im schulischen Alltag und deckt sich sowohl mit der Perspektive des Bundesvorsitzenden Ralf Neugschwender als auch mit der täglichen Praxis von Kerstin Mück als Förderschullehrerin im vdl hessen.

Warum unsere Schulen jetzt stabile Strukturen und mehr Fachpersonal brauchen

Die Bundesschülerkonferenz hat mit ihrer Kampagne „Uns geht's gut?“ einen sehr klaren und fundierten 10-Punkte-Forderungskatalog vorgelegt. Zu den Forderungen gehören unter anderem mehr Personal in Schulsozialarbeit und

IM FOKUS

Schulpsychologie, verlässliche Ganztagsstrukturen, individuelle Förderung, die verbindliche Verankerung mentaler Gesundheit in allen Unterrichtsfächern sowie gezielte Fortbildungen für Lehr- und pädagogische Fachkräfte. Hinzu kommen Schutzkonzepte gegen Mobbing und Diskriminierung, Rückzugsräume in Schulgebäuden, Präventions- und Früherkennungsstrategien sowie eine stärkere Unterstützung für Kinder und Jugendliche in besonders herausfordernden Lebenssituationen. Aus unserer Sicht benennen diese Forderungen sehr treffend die Realität, der wir täglich begegnen.

Auch das Positionspapier des didacta-Verbands setzt wichtige Impulse. Es führt eindrucksvoll vor Augen, dass Bildungserfolg, soziale Teilhabe und psychisches Wohlbefinden untrennbar zusammengehören. Deshalb fordert es,

mentale Gesundheit konsequent und systematisch in schulische Konzepte und Strukturen einzubetten: von der Gestaltung moderner Lernorte über digitale Ausstattung bis hin zu klaren Prozessen, die helfen, Belastungen frühzeitig zu erkennen und professionell darauf zu reagieren.

Mentale Gesundheit als gemeinsame Bildungsaufgabe – Impulse aus VDR, BSK und didacta

Für die Praxis bedeutet das: Schulen brauchen sowohl Fortbildungen als auch funktionierende Strukturen, verlässliche Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner und eine gelebte Schulkultur, die nicht erst dann aktiv wird, wenn Probleme längst eskaliert sind. Die Stellungnahmen von VDR, Bundesschülerkonferenz und didacta zeigen deutlich, dass mentale Gesundheit kein Randthema ist, sondern

Ralf Neuschwender, Bundesvorsitzender des Verbands Deutscher Realschullehrer (VDR), erklärt zur Veröffentlichung der Mental-Health-Kampagne „Uns geht's gut?“: „Millionen von Jugendlichen blicken sorgenvoll in die Zukunft, verunsichert von Krisen, Angst, Ausgrenzung in sozialen Medien und dem Gefühl, von Politik und Institutionen nicht ausreichend gehört zu werden. Darum brauchen junge Menschen Orientierung und Sicherheit – ganz besonders am Lern- und Lebensort Schule. Denn hier verbringen sie in einer extrem wichtigen und prägenden Lebensphase einen Großteil ihrer Zeit. Hier gilt es, zuzuhören und ein Schulsetting zu schaffen, das alle im Blick behält.“

Darum unterstützt der Verband Deutscher Realschullehrer mit großer Überzeugung die Mental-Health-Kampagne der Bundesschülerkonferenz und ist Teil des Bündnisses, das diese Initiative trägt.

Uns ist wichtig, dass Schule für Schülerinnen, Schüler und Lehrkräfte ein Ort ist, an dem sie sich sicher, akzeptiert und selbstbewusst fühlen können. Deshalb müssen Schulen bestmöglich ausgestattet sein: mit modernen Räumlichkeiten, aktueller (Digital-)Technik, aber vor allem mit ausreichend Personal. Mit mehr schulpsychologischem Fachpersonal und einer guten Ausstattung der Schulsozialarbeit gelingt es, dass keine Schülerin und kein Schüler aus dem Blick gerät – gerade dann, wenn Kinder und Jugendliche unter Angststörungen, Depressionen, Selbstverletzungen oder Essstörungen leiden.

Neben der personellen Unterstützung fordert der VDR auch eine Initiative für moderne Schulgebäude. Aus dem Sondervermögen Infrastruktur müssen Mittel gezielt an Kommunen und Landkreise als Schulträger fließen, damit Schulen zukunftsgerecht ausgestattet werden können. Das beginnt bei funktionierenden Schultoiletten und reicht bis zu digitaler Ausstattung und räumlichen Strukturen, die Lernen in kleineren Gruppen ermöglichen. All das trägt dazu bei, dass Schülerinnen, Schüler und Lehrkräfte gesund bleiben.“

10 PUNKTE PLAN

der Bundesschülerkonferenz

1. *Mehr Personal in Schulsozialarbeit und im schulpsychologischen Dienst*
2. *Bessere Schulstrukturen: individuelle Förderung, mehr Pausen, Entlastung der Lehrkräfte, gute Ganztagsmodelle*
3. *Förderung von Medienkompetenz in allen Unterrichtsfächern*
4. *Mentale Gesundheit als Querschnittsaufgabe für alle Schularten und Unterrichtsfächer*
5. *Fortbildungen, die Lehrkräfte und pädagogisches Personal befähigen, sich den Herausforderungen psychischer Belastungen zu stellen*
6. *Gesundheitsförderung als Teil der Schulkultur etablieren mit Strategien zur Prävention und Früherkennung von psychischen und physischen Krankheiten (z. B. Angebote für mehr Bewegung, gesunde Ernährung und Einsatz schulgerechter digitaler Tools zur Unterstützung von mentaler Gesundheit)*
7. *Verbindliche Schutzkonzepte gegen Mobbing und Diskriminierung*
8. *Vermittlung von Schlüsselkompetenzen wie Selbstregulation und Stressbewältigung im Unterricht und in außerunterrichtlichen Angeboten*
9. *Schulbauten mit Rückzugsräumen, guter Akustik, viel Licht und ausreichend Platz*
10. *Umfassende Begleitung, Unterstützung und Nachteilsvermeidung für Kinder und Jugendliche mit Behinderung sowie für junge Menschen in risikobehafteten Lebenssituationen*

Das Positionspapier der BSK finden Sie hier:



eine zentrale Zukunftsaufgabe – für Schulen, für Politik und für die Gesellschaft.

Wir sind überzeugt: Eine Schule, in der sich Kinder, Jugendliche und Lehrkräfte sicher, gesehen und unterstützt fühlen, ist eine Schule, in der Bildung wirklich gelingen kann. Eine Schule, die mentale Gesundheit ernst nimmt, leistet einen entscheidenden Beitrag zu einer stabilen und gesunden Gesellschaft. Ignorieren wir diese Herausforderungen, zahlen wir langfristig einen hohen Preis – menschlich wie gesellschaftlich.

Darum bleibt für uns klar: Mentale Gesundheit muss fest in der Bildungslandschaft verankert werden. Die Impulse von VDR, Bundesschülerkonferenz und didacta weisen in die richtige Richtung. Die Aufgaben sind groß, aber sie sind dringend notwendig. Schule muss ein Ort sein, an dem junge Menschen nicht nur Wissen erwerben, sondern wachsen können – sicher, selbstbewusst und gesund.

Was braucht Schule wirklich? Teilen Sie mit uns Ihre Einschätzungen zum 10-Punkte-Plan der Bundesschülerkonferenz. Mit einer Umfrage möchte der VDR sichtbar machen, welche Themen Lehrkräfte am stärksten umtreiben – und wie daraus konkrete bildungspolitische Forderungen entstehen können. Über den QR-Code gelangen Sie zur Umfrage, an der Sie anonym teilnehmen können:

Positionspapier des **DIDACTA** Verbands

Mentale Gesundheit ist eine zentrale Voraussetzung für Bildungserfolg, soziale Teilhabe und Lebensqualität. Im schulischen Kontext ist sie Grundlage für Konzentration, Motivation und Beziehungsfähigkeit – und damit für gelingende Bildung.

Die Lebenswelt junger Menschen verändert sich derzeit grundlegend: Digitalisierung, gesellschaftliche Krisen, Leistungsdruck und soziale Unsicherheit hinterlassen Spuren – bei Schülerinnen und Schülern ebenso wie bei Lehrkräften und Eltern.

Diese Entwicklungen sind nicht mit punktuellen Maßnahmen zu bewältigen. Mentale Gesundheit ist ein Querschnittsthema, das systematisch behandelt und verankert werden sollte – über Zuständigkeiten, Institutionen und Professionen

hinweg. Schulen allein können diese Aufgabe nicht tragen.

Deshalb richtet sich dieses Positionspapier an alle relevanten Akteurinnen und Akteure im Bildungssystem: an Bildungspolitik und Schulträger, an Schulleitungen, pädagogisches Personal und Eltern, an Aus- und Fortbildungseinrichtungen ebenso wie an Akteurinnen und Akteure der Bildungswirtschaft. Mentale Gesundheit in der Schule ist eine gemeinsame Aufgabe – und eine gemeinsame Verantwortung.

Das Papier beleuchtet sechs zentrale Handlungsfelder, in denen systemische Veränderung notwendig ist:

1. Gesundheitskompetenz und Future Skills – Wie stärken wir Selbstregulation, Resilienz und Selbstwirksamkeit als Bildungsziel?
2. Beziehungsarbeit, Feedbackkultur, Schulklima – Welche Strukturen fördern Zugehörigkeit, Sicherheit und soziale Stabilität?
3. Lernräume gestalten – Welche Rolle spielt die physische Umgebung für

Konzentration und Wohlbefinden?

4. Lehrkräfte- und Elternfortbildung – Wie befähigen wir die wichtigsten Bezugspersonen?
5. Multiprofessionelle Teams und Kooperationen – Wie gelingt abgestimmte Förderung im System Schule?
6. Mental Health im digitalen Raum – Welche Kompetenzen brauchen junge Menschen, um sich im Netz zu schützen?

Ziel ist es, politische Entscheider und Entscheiderinnen und operative Gestaltende zu befähigen, mentale Gesundheit als Voraussetzung von Bildung und, damit einhergehend, elementaren Teil von Bildungsqualität zu verstehen – und entsprechend zu handeln.



Lesen Sie hier das vollständige Positionspapier des Didacta-Verbandes



Ein Blick in die **ZUKUNFT** der Bildung

Verbandsdelegation zu Gast im Intel-Dell „Klassenraum der Zukunft“ in Halle (Saale)

#moderndenken – ein Slogan, der in Sachsen-Anhalt vielerorts zu hören ist. Doch was bedeutet das konkret, wenn es um Schule und Unterricht geht? Wie kann modernes Denken im Bildungsalltag aussehen – jenseits von Schlagworten und Technikbegeisterung? Antworten darauf erhielt eine Delegation aus verschiedenen Lehrkräfteverbänden des VDR beim Besuch des Intell-Dell „Klassenraums der Zukunft“ bei DELL Technologies in Halle (Saale) am 16. Juli 2025.

Der Einladung der BildungsRebellen folgten unter anderem der VDR-Bundesvorsitzende Ralf Neugschwender, Michael Jung (Landesvorsitzender des Sächsischen Lehrerverbandes), Steve Fellgiebel (stellv. Landesvorsitzender des Sekundarschullehrerverbandes Sachsen-Anhalt), Steffen Jantzen, Andreas Gorenz, Tino Regenstein und Uwe Mütz (Verband Brandenburgischer Oberschullehrer) sowie Kerstin Mück, stellvertretende Vorsitzende der VDR Frauen. Gemeinsam wollten sie vor Ort erleben, wie innovative Lernräume und der Einsatz von Künstlicher Intelligenz (KI) den Unterricht verändern können.

Praxisnah und zukunftsorientiert

Durch den Tag führten die BildungsRebellen Alexander Schmieden, Geschäftsführer der BildungsRebellen, und Carlo Maßmann, Wirtschaftspädagoge, Berater und ehemaliger Berufsschullehrer. Die beiden sind bekannt für ihre Leidenschaft, Schule praxisnah weiterzudenken – stets mit Blick auf den pädagogischen Mehrwert, nicht auf Effekte. „Wir wollen zeigen, wie digitale Werkzeuge Lehrkräften im Alltag wirklich helfen können“, so das Credo der beiden.

Nach einer kurzen Begrüßung startete der Tag mit einem spannenden Rundgang mit Steffen Peter, Ausbildungsleiter bei DELL in Halle, durch die Räumlichkeiten des Standorts. Dabei erhielten die

Gäste Einblicke in verschiedene Abteilungen und erfuhren, wie eng moderne Bildung, technologische Innovation und Wirtschaft inzwischen miteinander verflochten sind. Es folgte ein Impulsvortrag zum gemeinsamen Projekt von Intel und Dell: dem „Klassenraum der Zukunft“.

Im Zentrum stand die Intel SFI-Initiative (Skills for Innovation), die Schulen dabei unterstützt, digitale Lernräume sinnvoll zu gestalten. Besonders eindrücklich: die praktischen Anwendungsbeispiele. So konnten die Teilnehmenden etwa mit dem „Job Futuromat“ erforschen, welche Berufe künftig automatisiert werden könnten – ein anschaulicher Einstieg in das Thema Arbeitswelt 4.0.

Lernen durch Erleben

Was den Tag besonders machte, war der hohe Praxisanteil. Im „Hands-on“-Format der BildungsRebellen konnten die Teilnehmenden selbst aktiv werden. Mit dem Programmierbaukasten „Scotie Go!“ und dem Drohen-Tool „DroneBlocks“ wurde spielerisch programmiert und geflogen, bevor es an eine kreative KI-Challenge ging. Mithilfe der „Teachable Machine“ von Google lernten die Lehrkräfte, wie einfach sich künstliche Intelligenz in den Unterricht integrieren lässt – etwa durch das Trainieren eigener kleiner Modelle zur Bilderkennung.



Rundgang mit Steffen Peter
(Head Apprenticeship and Study
at Dell Program)



Carlo Maßmann gibt einen Überblick zum Klassenraum der Zukunft (Bild Mitte). Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer können immer wieder selbst tätig werden und ausgewählte Unterrichtsszenarien zu den Bereichen Künstliche Intelligenz, Robotik oder Virtual Reality ausprobieren (alle anderen Bilder)

Diese Übungen verdeutlichten eindrucksvoll, wie technologische Innovation und pädagogische Konzepte Hand in Hand gehen können, wenn sie praxisnah umgesetzt werden. Der „Klassenraum der Zukunft“ ist dabei weniger ein Ort als vielmehr eine Haltung: Offenheit, Neugier und die Bereitschaft, Unterricht immer wieder neu zu denken.

Unterstützung aus der Praxis für die Praxis

Ein weiterer Höhepunkt war der Austausch mit Julia Nickel und M. Karoline Schröder vom LISA (Landesinstitut für Schulqualität und Lehrerbildung Sachsen-Anhalt). Sie stellten die LISA-Digitalassistentin vor – ein Programm, das Schulen und Lehrkräfte im digitalen Wandel konkret unterstützt. Ob bei Fragen zur IT-Ausstattung, zur Medienbildung oder zu Fortbildungsangeboten: Hier wird praxisorientierte Hilfe geboten, die direkt in den Schulalltag wirkt.

Bildung braucht Mut – und Vernetzung

Neben all den fachlichen Impulsen stand auch der persönliche Austausch im Mittelpunkt. Die Begegnung von Personen unterschiedlicher Landesverbände machte deutlich, wie wichtig der Blick über den eigenen Tellerrand ist. Sachsen, Sachsen-Anhalt und Brandenburg stehen zwar vor ähnlichen Herausforderungen,

gehen aber oft unterschiedliche Wege. Gerade darin liegt eine Chance: voneinander zu lernen, Synergien zu schaffen und gemeinsame Perspektiven zu entwickeln.

Am Ende des Tages stand die Erkenntnis: Die Schule von morgen entsteht nicht durch Technik allein, sondern durch Menschen, die bereit sind, Bildung aktiv zu gestalten. Sie braucht Mut, Vision – und Vernetzung.

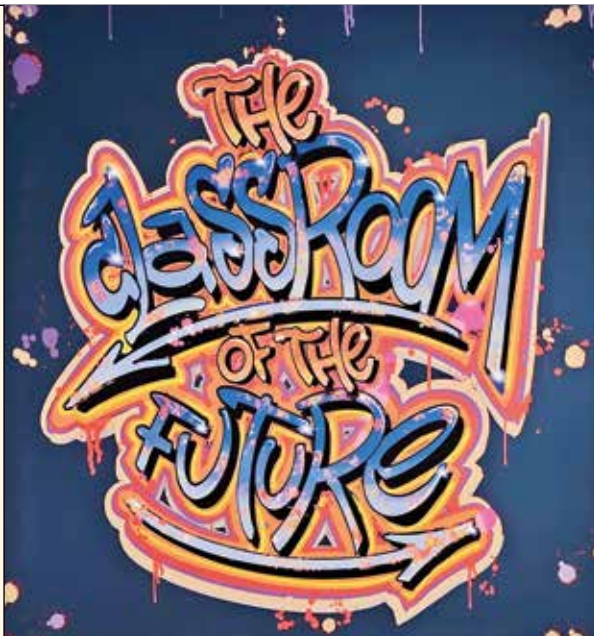
Der Besuch in Halle zeigte eindrucksvoll, dass #moderndenken mehr ist als ein Slogan. Es bedeutet, Lernräume neu zu denken, Lehrkräfte zu stärken und Schülerinnen und Schüler auf eine Zukunft vorzubereiten, in der Lernen lebenslang und technologiegestützt, aber immer menschlich bleibt.

Fazit

Der „Klassenraum der Zukunft“ ist kein Zukunftstraum mehr – er ist Realität, wenn wir bereit sind, neue Wege zu gehen. Für Lehrkräfte in allen Bundesländern bietet das Beispiel aus Sachsen-Anhalt wertvolle Impulse: Digitalisierung ist kein Selbstzweck, sondern Werkzeug für bessere Bildung.

Kerstin Mück und Ralf Neugschwender





Sie wollen mit Kolleginnen und Kollegen auch den „Klassenraum der Zukunft“ in Halle/Saale besuchen? Was sind Vorgaben und was gilt es zu tun?

Anzahl Teilnehmende

Für ein kostenfreies Training mit Lehrkräften werden je Training mind. 8 Teilnehmende (bis max. 12) benötigt, bei Entscheidern wie bspw. Landesinstituten, Schulträgern, Verbänden o.ä. besteht diese Mindestanzahl an Teilnehmenden nicht.

Buchung des Besuchs im Klassenraum der Zukunft

Die Buchung erfolgt in der Regel über den Buchungslink:

- <http://www.dell.com/DE/Klassenraum> (nebenstehender QR-Code)
- Ansprechpartner: Carlo Maßmann • cm@rebel-your-skills.de



Regulärer Ablauf des Erlebnistags

Die gewünschte zeitliche Planung sowie inhaltlichen Schwerpunkte werden vorab individuell mit den Teilnehmenden angepasst.

- | | |
|------------------------|---|
| 09.00 Uhr | Eintreffen der Teilnehmenden und Begrüßung |
| 09.15–09.45 Uhr | Entdecken des Dell Technologies Standortes Halle/Saale

Einblick in die Ausbildung am Standort sowie Maßnahmen zur Berufsorientierung |
| 10.00–15.00 Uhr | Intel SFI Training (Schwerpunkte individuell anpassbar)

Einstieg in die Welt von Intel Skills for Innovation

Erprobung ausgewählter Unterrichtsszenarien (bspw. aus dem Bereich Künstliche Intelligenz, Robotik, Virtual Reality oder 3D-Konstruktion)

Bildung gemeinsam Gestalten: Austausch zu eigenen Projekt-/Unterrichtsideen und Implementierung im Schulalltag |
| 15.00–15.30 Uhr | Feedback und Verabschiedung |

Adresse

- Dell Technologies
Raffineriestraße 28
06112 Halle an der Saale

Anreise

- Mit dem Auto: Es stehen ausreichend Parkplätze am Standort zur Verfügung.
- Mit der Bahn: Der Hauptbahnhof "Halle (Saale)" ist fußläufig (ca. 10 Minuten) erreichbar.



Starke Präsenz auf der **mobile.schule TAGUNG**: Verbände vernetzen sich für die Schule von morgen



Jörg Leinberger (vdl hessen) und
Torsten Neumann (VNL Niedersachsen)
am gemeinsamen Messestand des
VDR und VNL

Vom 1. bis 2. September 2025 verwandelte sich das HCC Hannover – die Eilenriedehalle – in einen lebendigen Treffpunkt für die Bildungswelt: Die mobile.schule TAGUNG lockte Lehrkräfte, Schulleitungen, Schulträger und zahlreiche Bildungsakteure aus ganz Deutschland an und bot zwei Tage lang Raum für Austausch, Inspiration und professionelles Wachstum.

Schon beim Betreten der Hallen war spürbar, wie viel Dynamik und Innovationsfreude in der Luft lag – genau der richtige Rahmen, um neue Impulse für guten Unterricht und zeitgemäße Schulentwicklung mitzunehmen.

Gemeinsamer Auftritt mit starken Partnern – VNL/VDR und vdl hessen im Dialog

Mit dabei waren auch die Landesverbände des Verband Deutscher Real-schullehrer (VNL/VDR Niedersachsen und vdl hessen). Gemeinsam mit der stellvertretenden Bundesvorsitzenden der VDR Frauen, Kerstin Mück, präsentierten sie sich am Gemeinschaftsstand der Debeka, BBBank und des VNL/VDR. Vor Ort standen Torsten Neumann, Julia Lentz, Carlo Kaden und Ottmar Framke aus Niedersachsen sowie Jörg Leinberger vom vdl hessen für Gespräche bereit. Der Stand wurde an beiden Tagen zu einem belebten Anlaufpunkt für Interessierte – ein Ort, an dem Verbandsarbeit sichtbar und erlebbar wurde.

Die Tagung selbst überzeugte mit einer beeindruckenden Vielfalt: Über 150 Workshops, Vorträge und Sessions boten aktuelles Know-how, praktische Impulse und spannende Diskussionen. Besonders im Fokus standen Themen wie digitale Unterrichtsformen, Inklusion, Medienkompetenz oder der Einsatz neuer Lerntechnologien. Für die Verbandsarbeit auf Landes- und Bundesebene ergaben sich daraus wertvolle Anregungen – fachlich fundiert, praxisnah und direkt anschlussfähig an die aktuellen Herausforderungen im Schulalltag.

Impulse, Kontakte, neue Ideen – Wie die Tagung die Verbandsarbeit bereichert

Auch abseits der Programmpunkte war die mobile.schule TAGUNG eine große Bereicherung. Am Messestand ergaben sich zahlreiche Möglichkeiten zum Networking: Es wurden Kontakte zu Ausstellenden geknüpft, Gespräche mit Bildungs- und Kooperationspartnern geführt und neue Ideen für künf-



Torsten Neumann und Julia Lentz präsentierten den Stand von VNL/VDR, Kerstin Mück schaute zum Netzwerken unter Frauen vorbei und gemeinsam entstand am Stand von Betzold Faszination für Programmiermöglichkeiten in der Schule

tige Projekte entwickelt. Der persönliche Austausch – oft zwischen Tür und Angel, aber immer auf Augenhöhe – zeigte einmal mehr, wie wichtig solche Veranstaltungen für Vernetzung und Weiterentwicklung in der Bildungslandschaft sind.

Am Ende stand für alle Teilnehmenden fest: Die mobile.schule TAGUNG war ein voller Erfolg. Mit vielen neuen Eindrücken, inspirierenden Gesprächen und frischen Ideen für die Verbandsarbeit kehren die Vertreterinnen und Ver-

treter von VNL/VDR und vdl hessen zurück. Die Tagung hat Lust auf mehr gemacht – und liefert wertvolle Impulse für die Schule von morgen.

Kerstin Mück



Jörg Leinberger lauschte interessiert den Panel-Diskussionen

Panel-Diskussionen rundum gute Bildung der Zukunft: Kontrovers, lebhaft, aber immer im Sinne der Schülerinnen und Schüler für eine neue Form von Schule





SCHULEWIRTSCHAFT-Preis 2025

Gelebte Kooperationen zwischen Schule und Unternehmen

EIN BERICHT VON **RALF NEUGSCHWENDER**

Der SCHULEWIRTSCHAFT-Preis Deutschland ist für mich zu einem festen Höhepunkt im Jahreslauf geworden. Auch 2025 zeigte die feierliche Verleihung in der Landesvertretung Baden-Württemberg in Berlin, wie kraftvoll und wirksam die Zusammenarbeit zwischen Schulen und Unternehmen heute gestaltet wird. Unter dem Jahresmotto „Engagement sichtbar machen!“ wurden Projekte ausgezeichnet, die eindrucksvoll zeigen, wie Berufsorientierung gelingen kann, wenn Schulen und Betriebe gemeinsam Verantwortung übernehmen.



Lea Großkopf und Ulrich Walter moderierten professionell und kurzweilig die Preisverleihung

Die offizielle Eröffnung übernahm Ministerialdirektor Daniel Hager-Mann vom Ministerium für Kultus, Jugend und Sport Baden-Württemberg. In seiner Begrüßung betonte er die große Bedeutung verlässlicher, gut organisierter Kooperationen zwischen Schulen und Unternehmen. Anschließend begrüßten Miriam Reitz und Yvonne Kohlmann, die Geschäftsführerinnen von SCHULEWIRTSCHAFT Deutschland, die Gäste und gaben einen Einblick in die Vielfalt und Qualität der eingereichten Beiträge, die einen breiten Querschnitt engagierter Initiativen widerspiegeln.

Für mich hatte diese Preisverleihung in diesem Jahr eine besondere Bedeutung: Als Mitglied der Bundesjury des SCHULEWIRTSCHAFT-Preises Deutschland durfte ich viele der eingereichten Projekte vorher bereits vertieft betrachten. Diese intensive Beschäftigung hat mir erneut vor Augen geführt, wie viel Kompetenz, Kreativität und Engagement in den Schulen und Unternehmen aller Bundesländer steckt.

Von langjährig gewachsenen Kooperationen über berufsorientierende Projekte im Unterricht bis hin

zu innovativen Formaten, die digitale oder direkte Zugänge ins Unternehmen eröffnen – die Spannweite zeigt, wie ernst Schulen und Betriebe den Auftrag nehmen, jungen Menschen tragfähige Perspektiven zu eröffnen. Besonders sichtbar wurde dabei die Stärke der Schulen der mittleren Bildung, deren Praxisnähe und regionale Verankerung ein entscheidender Schlüssel für gute Berufsorientierung sind.

Ein besonderer Höhepunkt des Programms war der Panel-Talk „Ausbildung ist Teamsache“.

Auf dem Podium diskutierten

- Gitta Connemann, Parlamentarische Staatssekretärin bei der Bundesministerin für Wirtschaft und Energie und Mittelstandsbeauftragte der Bundesregierung,
- Christina Ramb, Mitglied der Hauptgeschäftsführung der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA),
- Prof. Dr. Axel Plünnecke, Leiter des Themenclusters Bildung, Innovation und Migration beim Institut der deutschen Wirtschaft (IW).

Das Gespräch zeigte, wie vielfältig die Herausforderungen und Chan-

cen in der heutigen Ausbildungslandschaft sind. Es wurde deutlich, dass erfolgreiche Ausbildung ein gemeinschaftliches Vorhaben bleibt, das nur gelingen kann, wenn Schulen, Unternehmen, Eltern und Politik an einem Strang ziehen. Besonders hervorgehoben wurde die Rolle der Schulen der mittleren Bildung, die traditionell eng mit der dualen Ausbildung verbunden sind und Jugendlichen konkrete Wege in Berufsperspektiven eröffnen.

Für mich persönlich bot der Tag zahlreiche Gelegenheiten, mit langjährigen Partnerinnen und Partnern des Netzwerks im Austausch zu stehen und neue Akteurinnen und Akteure kennenzulernen. Diese Gespräche unterstrichen erneut, wie lebendig und breit aufgestellt SCHULEWIRTSCHAFT Deutschland arbeitet – regional, überregional und stets mit Blick auf die Bedürfnisse junger Menschen.

Mein herzlicher Glückwunsch gilt allen Preisträgerinnen und Preisträgern. Ihr Engagement macht sichtbar, wie wertvoll gelebte Kooperationen zwischen Schule und

Wirtschaft sind: verlässlich, praxisnah und mit klarer Orientierung für die berufliche Zukunft unserer Jugendlichen.

Der VDR wird sich weiterhin mit Nachdruck dafür einsetzen, dass Schulen der mittleren Bildung beste Rahmenbedingungen erhalten, um junge Menschen kompetent und selbstbewusst in die Berufswelt zu begleiten. Die ausgezeichneten Projekte des Jahres 2025 zeigen eindrucksvoll, wie gut dies gelingen kann – und wie wichtig es ist, dieses Engagement sichtbar zu machen.



Foto 1: Thomas Schenk (Schulseitiger Vorsitzender SCHULEWIRTSCHAFT) und Angela Papenburg (Wirtschaftsseitige Vorsitzende SCHULEWIRTSCHAFT) übergaben die Preise

Foto 2: Ministerialdirektor Daniel Hager-Mann (Ministerium für Kultus, Jugend und Sport Baden-Württemberg) begrüßt die Gäste

Foto 3: VDR-Vorsitzender Ralf Neugschwender freut sich mit der Wilhelm-Wundt-Realschule Mannheim, die gemeinsam mit dem Unternehmen Diring & Scheidel einen zweiten Platz in der Kategorie „Kooperationen Schule – Unternehmen“ erzielen konnte

Foto 4: Christina Ramb, Mitglied der Hauptgeschäftsführung bei der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA) umringt von Prof. Dr. Axel Plünnecke, Leiter Themencluster Bildung, Innovation, Migration beim Institut der deutschen Wirtschaft (IW) und dem VDR-Vorsitzenden Ralf Neugschwender

Foto 5: Im Panel-Talk „Ausbildung ist Teamsache“ diskutierten Christina Ramb und Axel Plünnecke mit

Gitta Connemann, Parlamentarische Staatssekretärin bei der Bundesministerin für Wirtschaft und Energie und Beauftragte der Bundesregierung für den Mittelstand

Foto 6: Miriam Reitz, Geschäftsführerin von SCHULEWIRTSCHAFT (links), Caroline Merkel, Leitung des Amtes für allgemeinbildende Schulen der Stadt Nürnberg (Mitte) zusammen mit Ralf Neugschwender

Foto 7: Die Landesvertretung von Baden-Württemberg in Berlin war Schauplatz der Preisverleihung



Foto: Viktoria Matzen

Bericht vom Bundesjugendausschuss der dbb jugend vom 6. bis 8. November in Magdeburg

Der jüngste Bundesjugendausschuss (BJA) der dbb jugend brachte erneut zentrale Themen auf den Tisch, die für junge Beschäftigte im öffentlichen Dienst, und damit auch für die Referendarinnen und Referendare sowie jungen Lehrkräften von großer Bedeutung sind.

Ein Schwerpunkt der Sitzung war Europa – genauer: die Frage, welche Rolle ein handlungsfähiges und starkes Europa für junge Menschen im öffentlichen Dienst spielt. Aus den Impulsvorträgen und Diskussionen ging hervor, welcher großen Wert der gegenseitige Austausch und das Lernen in unserer europäischen Gemeinschaft haben. Besonders intensiv wurde über Chancen und Hürden im Erasmus-Ausbildungs-Programm gesprochen. Für Schülerinnen, Schüler und Auszubildende bietet das Programm wertvolle Einblicke in andere Bildungssysteme und Verwaltungsstrukturen. Gleichzeitig wurden Herausforderungen benannt: von organisatorischen Fragen über Anerkennungsprobleme und dem oft fehlenden Wissen über die verfügbaren Fördergelder im Erasmus-Plus-Programm bis hin zur Frage, wie Auslandsaufenthalte auch für junge Menschen mit geringeren

finanziellen Möglichkeiten möglich werden können. Der BJA betonte, dass es klare und verlässliche Strukturen brauche, damit junge Menschen solche europäischen Angebote tatsächlich nutzen können.

Ein weiterer zentraler Punkt war die Neuwahl der jugendpolitischen Kommission. Diese Kommission wird die Bundesjugendleitung künftig in verbandspolitischen Aufgaben beraten und ist damit ein wichtiges strategisches Gremium.

Auch die anlaufende Einkommensrunde der Länder fand großen Raum. Der Vorsitzende der Tarifkommission Andreas Hemming informierte über den aktuellen Stand der Forderungsfindung. Die Erwartungen sind klar: faire Erhöhung der Einkommen, verlässliche Arbeitsbedingungen und Maßnahmen, die die Attraktivität des öffentlichen Dienstes langfristig sichern. An-

schließend berichtete der stellvertretende dbb-Bundesvorsitzende auch noch über Entwicklungen in der Politik, insbesondere zur Beamtenstatus-Diskussion und zur immer wieder aufkommenden Pension versus Rente-Debatte.

Für mich persönlich war dieser BJA ein besonderer Moment: Ich wurde als neues Mitglied im Gremium vorgestellt – und bekam „Horst“, das Adlerküken der dbb jugend als Willkommensgeschenk überreicht. „Ich freue mich sehr über die herzliche Aufnahme und bin motiviert, mich weiter aktiv bei der dbb jugend einzubringen.“

Christian Kurz



VDR-Jugendtagung in Fulda: Neuwahlen und Austausch im Fokus



Jugendvertreterinnen und -vertreter aus den VDR-Landesverbänden beim Get-together im „Tondas“ Fulda



Ralf Neugschwender gratulierte Christian Kurz zur Wahl zum Vorsitzenden

Vom 16. bis 17. November 2025 traf sich die VDR-Jugend in Fulda zu ihrer diesjährigen Tagung. Vertreterinnen und Vertreter aus verschiedenen Bundesländern nutzten die Gelegenheit, um sich in entspannter Atmosphäre über aktuelle Herausforderungen im Schulwesen auszutauschen, voneinander zu lernen und neue Ideen für die Arbeit im Verband mitzunehmen. Ein besonderes Highlight war die Stadtführung mit Kerstin Mück, die uns auf unterhaltsame Weise die bekanntesten Sehenswürdigkeiten Fuldas zeigte.

Am Abend des ersten Tages standen die Neuwahlen auf dem Programm. Christian Kurz wurde einstimmig als neuer Vorsitzender der VDR-Jugend gewählt und löst damit Saskia Tittgen ab. Ein herzlicher Dank geht an Saskia, die sich als Gründungsmitglied des VDR-J in den letzten fünf Jahren mit viel Engagement für die Jugendarbeit eingesetzt hat. Christian Kurz zeigte sich motiviert, die Vernetzung der Jugendvertretungen auf Bundesebene weiter zu stärken und neue Impulse für die Arbeit im VDR-J zu setzen.

Der zweite Tag stand ganz im Zeichen der inhaltlichen Arbeit. Ralf Neugschwender, Bundesvorsitzender, stellte zunächst die Aufgaben des Verbands und die aktuelle Situation im Schulwesen vor. Er berichtete von der Mental-Health-Kampagne der Bundesschülerkonferenz sowie aktuelle Themen aus dem didacta-Verband und gab einen Ausblick auf die Tarifverhandlungen des dbb.

Anschließend diskutierten die Teilnehmenden den Ist-Zustand der Sichtbarkeit sowie der Relevanz der Jugendvertretungen in



Christian Kurz dankt seiner Vorgängerin Saskia Tittgen für ihre geleistete und wertvolle Arbeit in den vergangenen fünf Jahren

ihren Landesverbänden und auf Bundesebene. Dabei wurden verschiedene Handlungsfelder (z. B. Social Media, Verbandsintern, Politik) identifiziert und kurzfristige, mittelfristige sowie langfristige Ziele abgesteckt, um die Arbeit der VDR-Jugend stärker zu verankern und die öffentliche

Wahrnehmung zu verbessern.

Neben den fachlichen Themen gab es auch inspirierende Impulse für den Unterricht. Judith Weis, Lehrerin an der Realschule Miesbach, präsentierte einen digitalen Vortrag zum Thema „Glücksunterricht“. Wie sie und ihre Kollegin Nadine das Konzept in ihren Unterricht einfließen lassen und im Schulalltag umsetzen, kann man auf Instagram unter @gluecks.pause bestaunen. Solche Best-Practice-Beispiele aus den Landesverbänden sollen künftig von der VDR-Jugend an alle Jugendvertretungen weitergegeben werden, damit Schule sich weiterentwickeln kann. Eine entsprechende Sammlung wird das erste größere mittelfristige Projekt der VDR-J werden.

Nach zwei Tagen voller Gespräche, Diskussionen und Anregungen ging die Tagung in Fulda zu Ende. Schon jetzt freuen sich alle auf das nächste Treffen, um die begonnenen Projekte fortzuführen und die Themen junger Lehrkräfte weiter voranzutreiben.

Laura Brand

123

FRAGEN AN
CHRISTIAN KURZ

1. Christian, du bist der neue Vorsitzende der VDR Jugendvertretung – möchtest du dich unseren Leserinnen und Lesern kurz vorstellen? Welche Stationen in deiner schulischen und beruflichen Laufbahn haben dich besonders geprägt?

Ich bin Christian Kurz, 33 Jahre und unterrichte Mathematik, Katholische Religionslehre und Informationstechnologie an der Jakob-Kaiser-Realschule in Hammelburg. Tatsächlich war Schule für mich schon immer mehr als ein Ort, wo man „hin muss“. Als Schüler hatte ich selbst Lehrkräfte, bei denen Unterricht Spaß gemacht hat, weshalb ich dann selbst Lehrer werden wollte.

Nach meinem Studium in Würzburg und Wien kam ich ins Referendariat nach Bad Kissingen. Dort habe ich unglaublich viel für die Praxis gelernt – vor allem, wie wichtig Struktur, Teamarbeit, aber auch Humor im Schulalltag sind.

An meiner jetzigen Schule durfte ich mich von Anfang an in der Schulentwicklung engagieren, später habe ich dann die Einführung unserer iPad-Klassen begleitet und wurde Teil des Stundenplan- und Vertretungsplan-Teams. Dadurch habe ich gelernt, Veränderung nicht nur einzufordern, sondern selbst aktiv daran mitzugestalten.

2. Dein Verbandsengagement hat seinen Ursprung in Bayern, insbesondere in der Jugendvertretung des Bayerischen Realschullehrerverbands. Was hat dich motiviert, dich zunächst auf Landesebene einzubringen – und was hat dich schließlich dazu bewogen, Verantwortung auf Bundesebene zu übernehmen?

An der eigenen Schule merkt man recht schnell, dass vieles vor Ort gut lösbar ist, manche Probleme aber überall gleich aussehen. Nur über die Politik zu schimpfen bringt uns da nicht weiter. Als ich dann gefragt wurde, ob ich mich in der Jugendvertretung des BRLV engagieren möchte, habe ich sofort zugesagt, weil ich gerne Sachen anpacke und versuche, Lösungen zu finden.

Auch wenn Bildung Ländersache ist, gibt es Themen, die kennen keine Landesgrenzen. Deshalb war der Schritt auf Bundesebene für mich logisch. In der VDR-Jugend sehe ich unsere Aufgabe darin, die Jugendvertretungen der einzelnen Länder gut zu vernetzen und dadurch den Austausch zwischen den Landesverbänden zu stärken.

3. Welche Themen möchtest du in deiner neuen Rolle besonders voranbringen? Wo siehst du die größten Herausforderungen für die VDR-Jugend – und welche Impulse möchtest du den jungen Mitgliedern im Verband mitgeben?

Mir ist es besonders wichtig, die Attraktivität des Lehrberufs für junge Menschen zu stärken – das heißt nicht nur eine moderne Ausbildung und gute Arbeitsbedingungen, sondern auch klare Perspektiven für junge Lehrkräfte. Die VDR-Jugend hat dabei die Aufgabe, sich in der Politik auf Bundesebene Gehör zu verschaffen. Darüber hinaus müssen wir für unsere Mitglieder Angebote schaffen: Wichtig sind dabei meiner Meinung nach die Themen Lehrergesundheit sowie Künstliche Intelligenz. Wir müssen richtigen Fortbildungen hierzu in die Kollegien bringen und an der Erarbeitung von passenden Konzepten mitwirken.

Mein Impuls an die jungen Kolleginnen und Kollegen ist klar: Nutzt die Möglichkeiten, euch einzubringen. Seid aktiv, stellt Fragen, mischt euch ein. Unsere Stärke ist, dass wir nur gemeinsam etwas bewegen und uns gegenseitig unterstützen können, damit wir auch in Zukunft für gute Bildung stehen.

Die Fragen stellte Ralf Neuschwender

Arbeitstagung in Kassel: VDR diskutiert Tarifrunde und stärkt Fokus auf mentale Gesundheit



Der VDR-Bundesvorstand tagte am 21./22.11.2025 in Kassel zu einer intensiven Arbeitsklausur: Auf der Agenda standen unter anderem die anstehende Einkommensrunde 2025/2026 mit der TdL und die von der Bundestarifkommission formulierten Forderungen, das wichtige Thema der mentalen Gesundheit von Schülerinnen, Schülern und Lehrkräften sowie die Vorbereitungen für die Bundesdelegiertenversammlung 2026 in Bad Kissingen.

Anzeige

econo_me

Wettbewerb Wirtschaft und Finanzen 2025/26

WAS ZOLL DAS?

Wir und der Welthandel



Jetzt Anmelden!



Gegen Antifeminismus und Extremismus:

VDR Frauen auf der 19. frauenpolitischen Fachtagung der dbb bundesfrauen in Berlin



Vortrag von Milanie Kreutz



Die VDR Frauen-Vertretung (von links: Kerstin Mück, Petra Wiora-Köstner und Dietlinde Fricke)



Am 15. Mai 2025 fand in Berlin die 19. Frauenpolitische Fachtagung der dbb bundesfrauenvertretung statt – eine eindrucksvolle und inhaltlich dichte Veranstaltung, bei der auch die VDR Frauen durch Kerstin Mück (stellv. Vorsitzende, vdl hessen), Dietlinde Fricke und Petra Wiora-Köstner (lehrer nrw) vertreten waren.

Unter dem Motto „Sexismus und Extremismus? Wir stellen uns dagegen!“ wurde deutlich, wie sehr antifeministische Tendenzen und demokratiefeindliche Haltungen die Lebensrealität – insbesondere von Beamtinnen – zunehmend beeinflussen.

Die Veranstaltung bot neben starken Impulsen von u.a. Milanie Kreutz, Volker Geyer, Prof. Dr. Wolfgang Merkel, Katharina Kaluza und Johanna Niendorf auch viel Raum für Diskussion und Vernetzung. Die vielfältigen Vorträge beleuchteten die wachsenden Gefahren für Frauenrechte und Demokratie, zeigten aber auch klare Gegenstrategien auf: politische Bildung, Empowerment, Solidarisierung – und das gemeinsame Einstehen für unsere Grundrechte. Abgerundet wurde die inhaltliche Auseinandersetzung mit einer offenen Fish-Bowl-Diskussion, bei der sich die Teilnehmerinnen der Veranstaltung selbst einbringen konnten.

In offener Atmosphäre und mit viel fachlichem Input wurde deutlich: Gleichstellung ist kein „Nice to have“, sondern Grundpfeiler einer lebendigen Demokratie. Die VDR Frauen sagen klar: Wir halten dagegen – mit Haltung, Vernetzung und Mut zur Veränderung!

Kerstin Mück

Ausführliche Informationen
zur Veranstaltung:



Starke Stimmen für Gleichstellung und Berufsbeamtentum:

Hauptversammlung der dbb Bundesfrauenvertretung 2025

Vom 10. bis 11. Oktober 2025 fand die Hauptversammlung der dbb Bundesfrauenvertretung in Berlin statt. Im Zentrum standen strategische Themen zur Stärkung von Frauen im öffentlichen Dienst, darunter Entgeltgleichheit, bessere Aufstiegschancen und die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Die VDR Frauen waren durch ihre Bundesvorsitzende Nicole Weiß-Urbach vertreten, die die Interessen der Verbandsfrauen engagiert einbrachte.

Milanie Kreutz informierte in ihrem Beitrag, dass politische Forderungen, Teilzeitregelungen insbesondere im Schuldienst einzuschränken, zunehmen. Diese Beschneidungen seien fatal für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Frauen würden in ihren Entscheidungen

verunsichert und die Attraktivität für den öffentlichen Dienst werde darüber hinaus gefährdet. Rahmenbedingungen müssten verbessert, nicht verschlechtert werden.

Klare Positionen zu Vereinbarkeit, Teilzeit und Verfassungstreue im Bildungsbereich

Der dbb Bundesvorsitzende Volker Geyer hob in seiner Rede hervor, dass der dbb klar zum Berufsbeamtentum bei Lehrkräften steht: Lehren sei eine zutiefst hoheitliche Aufgabe und durch ihren Eid zur Verfassungstreue seien Lehrkräfte ein Garant für die Umsetzung der freiheitlich-demokratischen Grundordnung in den Schulen. Eine einberufene Grundsatzkommission Beamtenpo-



Die Geschäftsführung der dbb bundesfrauen

litik/Beamtenrecht werde die politische Debatte strategisch begleiten. Er betonte auch, dass Angriffe auf Frauenrechte Angriffe auf Demokratie bedeuteten.

dbb bundesfrauenkongress 2026

Unter dem Motto „Jetzt oder Nie: Frauen. Macht. Demokratie“ findet am 20. bis 21. März 2026 in Berlin der 13. bundesfrauenkongress statt. Die Planungen hierzu bildeten einen weiteren

Schwerpunkt der Hauptversammlung. Leitanträge u.a. zum Thema Bildung wurden vorgestellt und abgestimmt. Die Anträge, und schwerpunktmäßig die Leitanträge, stellen die Grundlage dar, um strategische Ziele zu definieren und konkrete Arbeitsaufträge für die Arbeit der bundesfrauen in den kommenden fünf Jahren festzulegen.

Nicole Weiß-Urbach

Anzeige



„Die perfekte Schule – die gibt es einfach nicht. Deshalb: Einfach Bewerbung schreiben, dabei sein – man lernt so viel!“

– Björn Lengwenus, Schulleiter der Grund- und Stadtteilschule Alter Teichweg, Hamburg

Beim **Deutschen Schulpreis** geht es um mehr als nur das Einreichen von Unterlagen. Ihr reflektiert gemeinsam, macht Erfolge sichtbar und schaut neu auf eure Schule. Außerdem: Nutzt das Forum zum **Weiterlernen und Vernetzen**, bekommt wertvolles **Jury-Feedback** – und habt die Chance auf **Preisgelder**.

Zeigt uns, wie ihr gutes Lehren und Lernen gestaltet!

Alle Infos: deutscher-schulpreis.de/bewerbung



Deutscher Schulpreis

Robert Bosch
Stiftung

Heidehof
Stiftung

ARD 1

DIE ZEIT
VERLAGSGRUPPE

Jetzt bis zum
31.01.2026 online für
den Deutschen Schul-
preis 2026 bewerben!



GESCHLOSSENHEIT ZEIGEN – SIGNAL SETZEN!

Der VDR auf den Regionalkonferenzen zur Einkommensrunde der Länder

Mit der abschließenden Regionalkonferenz in Nürnberg endete eine intensive Phase der Vorbereitung auf die bevorstehende Einkommensrunde der Länder. Der dbb beamtenbund und tarifunion hatte in den vergangenen Wochen zu regionalen Austauschformaten eingeladen, um ein umfassendes Bild der Lage im öffentlichen Dienst zu gewinnen – insbesondere im Schulbereich. Der Verband Deutscher Realschullehrer (VDR) war dabei mit seinen Landesverbänden flächendeckend vertreten: von Köln über Mainz, Leipzig und Hamburg bis nach Stuttgart und schließlich Nürnberg. Diese breite Präsenz war nicht nur sichtbar, sondern auch spürbar: Als geschlossene Stimme hat der VDR ein starkes Signal an die Arbeitgeber gesendet.

In allen Regionalkonferenzen wurde deutlich, wie dringlich die Herausforderungen im Bildungsbereich sind. Der seit Jahren wachsende Lehrkräftemangel, die steigenden Belastungen im Unterrichts- und Erziehungsalltag sowie unzureichende Rahmenbedingungen in vielen Bundesländern beschäftigen die Kolleginnen und Kollegen tagtäglich. Die Botschaft, die der VDR gemeinsam mit anderen Fachgewerkschaften des dbb formuliert hat, ist klar: Gute Bildung braucht verlässliche Strukturen – und diese entstehen nicht von allein. Sie müssen politisch gewollt, finanziell hinterlegt und organisatorisch umgesetzt werden.

Der dbb wertet nun die vielen Impulse, Forderungen und Positionen aus den Ländern und Fachgewerkschaften aus. Auf dieser Grundlage wurde nun ein entschlossener und gut begründeter Forderungskatalog für die anstehende Einkommensrunde erarbeitet (siehe folgende Seiten). Für den VDR steht dabei fest: Wir brauchen mehr gut ausgebildetes Personal, attraktive und moderne Arbeitsbedingungen, Entlastung im Schulalltag und eine nachhaltige Wertschätzung der Profession. All diese Punkte sind nicht optional, sondern zwingend erforderlich, um unser Bildungssystem stabil und zukunftsfähig zu halten.

Besonders wichtig ist dem VDR auch der klare politische Rückhalt für das Berufsbeamtentum im Schulbereich. Der Beamtenstatus steht nicht – wie es in öffentlichen Debatten gelegentlich behauptet wird – für ein Privileg ohne Gegenleistung, sondern für Verlässlichkeit, Neutralität und Kontinuität im staatlichen Bildungsauftrag. Er ist ein zentraler Baustein der Fachkräftesicherung und ein Garant dafür, dass Schulen als Orte der Stabilität funktionieren. Gerade in Zeiten steigender gesellschaftlicher Erwartungen und Herausforderungen braucht es diesen Rückhalt mehr denn je.

Die Regionalkonferenzen haben gezeigt, wie stark der Zusammenhalt innerhalb des dbb ist und wie ernst die Situation im Bildungswesen genommen wird. Sie haben aber auch deutlich gemacht, dass der VDR als Stimme der Lehrkräfte in der Realschule und verwandter Schularten eine entscheidende Rolle spielt – nicht nur in der Einkommensrunde, sondern in allen Fragen, die die Zukunft des Schulwesens betreffen.

Der VDR wird daher weiterhin mit Nachdruck für die Interessen seiner Mitglieder eintreten: für bessere Arbeitsbedingungen, für eine verlässliche Personalpolitik, für eine Stärkung des Berufsbeamtentums und für ein Bildungssystem, das den gesellschaftlichen Anforderungen gerecht wird. Denn nur ein starker öffentlicher Dienst kann ein starkes Land tragen – und unsere Lehrkräfte sind ein wesentlicher Teil dieses Fundaments.



Die Regionalkonferenzen sammelten Impulse, Forderungen und Positionen der Teilnehmerinnen und Teilnehmer. Auf allen sechs Regionalkonferenzen war der VDR gut vertreten.



V.l.n.r.: dbb-Vorsitzender Volker Geyer, Martina Wißmann, Referat Tarifrecht beim brlv, Christa Nicklas, VDR-Seniorenvertretung, Andreas Hemsing, 2. Vorsitzender des dbb und Fachvorstand Tarifpolitik, Ulrich Babl, Vorsitzender des Bayerischen Realschullehrerverbands (brlv), Rainer Nachtigall, Vorsitzender des Bayerischen Beamtenbunds (BBB)

KÖLN

Foto: dbb NRW | Marcus Michel



Gemeinsam für einen guten Tarifabschluss und einen attraktiven Öffentlichen Dienst: Roland Staude, Vorsitzender des dbb NRW, und Andreas Hemsing, 2. Vorsitzender und Fachvorstand Tarifpolitik, lehrer nrw war ebenfalls mit einigen Delegierten vor Ort, u. a. mit Petra Wiora-Köster, Mitglied im Vorstand der Frauenvertretung des dbb NRW (vorn, 2. v.l.).



STUTTGART

V.l.n.r.: Kai Rosenberger, Vorsitzender des dbb Baden-Württemberg, Andreas Hemsing und VDR-Vorsitzender Ralf Neugschwender



MAINZ

V.l.n.r.: Erwin Schneider, VRB-Landesschatzmeister, Benjamin Bajraktari, Vorsitzender des Verbands Reale Bildung Rheinland-Pfalz (VRB), Andreas Hemsing, Nicole Weiß-Urbach, VDR-Frauenvertretung



HAMBURG

Andreas Hemsing u. a. umringt von Julia Lentz, Verband Niedersächsischer Lehrkräfte (VNL), 2. v.r.

LEIPZIG



Madeleine Helbig, Mitglied im geschäftsführenden Vorstand des VDR und Michael Jung, Landesvorsitzender des Sächsischen Lehrerverbands links neben Andreas Hemsing

Berlin, Brandenburg, Sachsen-Anhalt, Sachsen, Thüringen – Forderungen müssen durchsetzbar sein

Am 8. September fand in Leipzig die dritte Regionalkonferenz zur Einkommensrunde 2025/2026 statt. Vertreterinnen und Vertreter von SLV, SBB und VDR – darunter Madeleine Helbig – diskutierten die Erwartungen der Beschäftigten im öffentlichen Dienst. Die endgültigen Forderungen beschließt die Bundestarifkommission am 17. November, die Verhandlungen starten am 3. Dezember unter Leitung der Finanzministerinnen und -minister Dressel, Piwarz und Schneider. Laut dbb-Tarifchef Andreas Hemsing erschweren politische Debatten und Personalabbaupläne die Ausgangslage, während gleichzeitig ein gravierender Personalmangel zusätzliche Belastungen schafft.

Zentrale Forderungen:

Neun Prozent mehr Entgelt bzw. mindestens zweihundert Euro, neunzig Prozent höhere Jahressonderzahlung, Ost-West-Angleichung, stufengleiche Höhergruppierung und ein Mitgliederbonus. Der TVöD dient als Maßstab. Eine sofortige Modernisierung der Entgeltordnung wurde nicht aufgenommen, soll aber vorbereitet werden. Wichtige Themen bleiben Entlastung und mehr Arbeitszeitsouveränität.

Herausforderungen:

Die Zusammenfassung aller ostdeutschen Länder in nur einer Konferenz erschwert die Differenzierung. Zudem konkurrieren die Interessen vieler Berufsgruppen, wodurch Lehrkräfte stärker sichtbar werden müssen. Tarifabschlüsse betreffen später oft auch Beamtinnen und Beamte – diese sollten daher ebenfalls, außerhalb der Dienstzeit, unterstützende Maßnahmen wahrnehmen. Jede Einkommensrunde ist ein gemeinsames Projekt und braucht solidarisches Handeln aller.

Madeleine Helbig

ANSCHLÜSSE ERREICHEN!

Die dbb-Bundestarifkommission beschließt ihre Forderungen zur Einkommensrunde 2025/26 für die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes in den Bundesländern.

Die Tarifverhandlungen für die Beschäftigten bei den Ländern (Ausnahme: Hessen, dort gibt es seit dem Austritt aus der TdL einen eigenen Tarifvertrag) haben mit der Einkommensforderung der Verbände und Gewerkschaften ihren Auftakt genommen. Der dbb (Deutscher Beamtenbund und Tarifunion) geht mit der Forderung einer Entgelterhöhung von sieben Prozent und weiteren wesentlichen strukturellen Verbesserungen in diese Tarifauseinandersetzung, die in der dritten Verhandlungsrunde am 13. Februar 2026 ihren Abschluss finden soll.

Drohende Einkommensverluste

Die Vorzeichen für diese Verhandlungen jedoch sind denkbar schlecht, da nicht nur die medialen Vorboten der Arbeitgeber ein äußerst schlechtes Signal in diese Auseinandersetzung tragen, sondern auch die fundamentalen Kennzahlen sowie die politische Gemengelage die Gesprächsbasis erheblich belasten.

Es scheint, als ob das Tarifiergebnis im öffentlichen Dienst, wie in früheren Zeiten oft geschehen, jetzt wieder als mögliches Einsparpotenzial betrachtet wird, das für das Stopfen von Haushaltslöchern herangezogen werden soll. Eigentlich hatte man diese Zeiten überwunden gesehen, doch dieser Griff in die „Mottenkiste“ politischer Maßnahmen scheint neue Konjunktur zu erleben. Ist dieses Handlungsmuster überhaupt noch zeitgemäß? Mitnichten!

Die weiter anhaltende Tendenz zur Notwendigkeit höherwertiger Ausbildungsniveaus und -abschlüsse steht in krassem Gegensatz zu einer Politik, die die Personalausgaben für den Bildungsbereich zu beschränken bzw. inflationsbereinigt sogar zu kürzen gedenkt. Die Teuerungsrate für die Ausgaben in der Daseinsvorsorge (Nahrungsmittel, Wohnkosten, Kranken- und Pflegeversicherung etc.) liegt vergleichsweise sehr hoch, so dass ein Abschluss unterhalb des Tarifiergebnisses für die Beschäftigten bei Bund und Kommunen einen Reallohnverlust bedeuten würde.

Konkurrierende Personalgewinnung

Unabhängig davon ist jedoch eine angemessene Entgelterhöhung zwingend notwendig, damit die Gewinnung von qualifiziertem und geeignetem Personal gelingen kann. Beim Wettbewerb um die besten Köpfe auf dem Arbeitsmarkt buhlen die Arbeitgeber der freien Wirtschaft mit mannigfachen Vorzügen um Fachkräfte, die deren wirtschaftlichen Unternehmenserfolg sicherstellen können. Fachkräfte, die evtl. auch für den Schuldienst zu gewinnen wären.

Ein „Drücken“ der Personalkosten für die Beschäftigten im öffentlichen Dienst durch unzulängliche Lohnzuwächse ist deshalb ein äußerst kurzsichtiges Ansinnen, führt es doch dazu, dass in den Schulen weiterhin Lehrkräfte fehlen werden, die eine qualifizierte

Grundbildung der Schülerinnen und Schüler für eine spätere Berufsausbildung überhaupt erst gewährleisten.

Darüber hinaus bleibt in diesem Zusammenhang das Ziel der Persönlichkeitsbildung in den Schulen oftmals unberücksichtigt, die bei zurückgehender Erziehungsleistung in den Elternhäusern sowie bei übermäßigem Medienkonsum der Kinder und Jugendlichen mit entsprechenden Folgewirkungen kaum gelingen kann. Die jedoch von erheblicher Bedeutung für eine erfolgreiche Schulausbildung und Berufslaufbahn ist.

Unzureichende Arbeitsstrukturen

Die Schulen bieten derzeit nicht die Bedingungen und Voraussetzungen, um eine umfassende Bildung autonomer Persönlichkeiten leisten zu können. Denn die Gruppengrößen und die Zeitumfänge, die für den Aufbau personaler Beziehungen zu Schülerinnen und Schülern erforderlich sind, reichen bei weitem nicht aus.

Es ist ein Trugschluss, Verbesserungen im Bildungssektor zu erwarten, ohne die Strukturen des Bildungsprozesses insgesamt in den Blick zu nehmen. Wenn jetzt bei dem gigantischen Sondervermögen des Bundes auch der Bildungsbereich bedacht werden soll, dann bedeutet das allein, dass in neue Gebäude investiert wird. Bildung lebt aber ganz entscheidend vom Personal, von Zeit für die Arbeit mit Menschen. Diese sind in diesem Prozess nicht zu ersetzen.

Wer deshalb an dieser Stelle Kürzungen vorsieht, ist verantwortlich für Personalmangel. Und für Defizite, zu Lasten anderer! Er tut dies auf Kosten der Kinder und Jugendlichen, die keine optimalen Bedingungen für ihre Schullaufbahn vorfinden, aber auch auf Kosten der Wirtschaft, die dann diese schulischen Defizite ausgleichen muss. Oder aufgrund von Mangel an geeigneten Fachkräften die eigene Produktion/Dienstleistung beschränken muss.

Unbedingt Anschluss halten!

Die Zielrichtung für die Tarifverhandlungen der Länder kann daher nur dahin gehen, dass eine Beschäftigung beim Land als attraktiv und erstrebenswert angenommen wird, so dass in der Konkurrenz zur Privatwirtschaft eine erfolgreiche Personalgewinnung gelingen kann. Der Bildungsbereich braucht das beste Personal und der schulischen Aufgabe angemessene Unterrichtsstrukturen. Nur so kann wieder ein positives Gesamtbild von Schule für Lehrkräfte, aber auch für Schülerinnen und Schüler entstehen.

Ulrich Gräler



Kommentar:

Kein Abschluss ohne Anschluss!

Schulen zählen zur Infrastruktur einer Gesellschaft und ihrer Volkswirtschaft. In vielen Bereichen ist diese Infrastruktur leider marode. Das Infrastrukturprogramm des Bundes soll Abhilfe schaffen, ist aber mit dem Mangel behaftet, dass es keine Personalausgaben beinhaltet. Diese obliegen im Bildungsbereich den Ländern.

Bildung gelingt aber vor allem dann, wenn genügend Menschen zur Verfügung stehen, diese zu vermitteln. Der Bund hat in den vergangenen Jahrzehnten den Ländern und Kommunen weitreichende Aufgaben aufgebürdet, ohne sich angemessen an den Kosten zu beteiligen. Kosten, die sie in eine massive Verschuldung geführt haben und die nun dazu führen, dass sie sich nicht in der Lage sehen, das Geld für das Wesentliche, die Bildung der nachwachsenden Generation auskömmlich bereitzustellen.

Es ist zudem ein Unding, dass die Bundesländer selbst als Arbeitgeber in den vergangenen Jahren Schulen zunehmend mit weiteren Aufgaben betraut haben, ohne die personellen Ressourcen dafür bereitzustellen. Die Lehrkräfte ächzen unter diesen Arbeitsbedingungen mit der Folge, dass die psychischen Erkrankungen im Bildungsbereich überproportional hoch ausfallen. Ein Umstand, der den Personalmangel sogar noch verschärft.

Alles in allem Bedingungen, die den Schulen das Leben schwer machen, ihren Auftrag zu erfüllen. In vielen Fällen gelingt dies schon nicht mehr. Deshalb sind die Ergebnisse dieser Tarifverhandlungen auch von so eminenter Bedeutung, weil die Gesellschaft im Bildungsbereich am Scheideweg steht.

Ein Anschluss an die Ergebnisse der Tarifverhandlungen bei Bund und Kommunen, vor allem aber der

Privatwirtschaft sowie eine Verbesserung struktureller Arbeitsbedingungen sind unerlässlich, um das System Schule wieder auf "gesunde Füße" zu stellen.

Wer im Bildungsbereich Einsparungen vornimmt, der greift das Fundament eines systemrelevanten Bereiches der Gesellschaft an. Das ist das Problem!

Deshalb ist ein politisches Umdenken unbedingt vonnöten. Denn:

Wir sind Teil der Lösung!

Ulrich Gräler
Mitglied der dbb-Bundestarifkommission
VdR-Tarifverantwortlicher
Lehrer nrw-Referatsleiter Tarif

Tarif

dbb news

Einkommensrunde TV-L 25/26 / Nr. 4

November 2025

dbb beamtenbund und tarifunion

Unsere Forderung: 7 %, mindestens 300 Euro

„Wir sind die Lösung!“

Pressekonferenz am 17. November 2025

„Der öffentliche Dienst ist die Lösung für viele der Probleme, die unser Land derzeit und in Zukunft in ihrem Bann halten. Man muss ihn nur lassen und man darf ihn nicht länger beschneiden“, leitete dbb Chef Volker Geyer sein Statement bei der Pressekonferenz ein, in der die Gewerkschaften der öffentlichen Dienstleistung am 17. November 2025 in Berlin ihre Forderungen vorstellten. „Die Menschen zweifeln zumeist nicht an Demokratie und Pluralismus, sie misstrauen aber einem Staat, der die Basics nicht geregelt bekommt“, führte Geyer weiter aus. „Bröckelnde Autobahnbrücken, fehlendes Pflegepersonal, unbesetzte Stellen in den Schulen oder schwindendes Sicherheitsgefühl bei vielen Bürgerinnen und Bürgern haben oftmals die gleiche Ursache. Es fehlt dem öffentlichen Dienst an Personal. Und genau das muss Thema der anstehenden Einkommensrunde mit den Ländern sein.“ In diesem Sinne versteht der dbb zum Beispiel seine lineare Kernforderung von 7 Prozent, mindestens 300 Euro, als Teil einer notwendigen Offensive für einen handlungsfähigen öffentlichen Dienst.

Die Forderungen des dbb

Entgelt:

- Erhöhung der Tabellenentgelte der Beschäftigten um 7 Prozent, mindestens aber 300 Euro monatlich, bei einer Laufzeit von 12 Monaten
- Erhöhung der Zeitzuschläge gemäß § 8 Abs. 1 TV-L um jeweils 20 Prozentpunkte und Errechnung auf der Basis der individuellen Stufe, mindestens jedoch der Stufe 3
- Erhöhung der Entgelte der Auszubildenden, Studierenden, Praktikantinnen und Praktikanten um 200 Euro monatlich bei einer Laufzeit von 12 Monaten

Sitzung der Bundestarifkommission am 17. November 2025

dbb.de



Unter diesem
QR-Code finden
Sie weitere Infos
zur aktuellen Ein-
kommensrunde

AUS DEN LÄNDERN

→ BAYERN

Anlässlich des Starts des Schuljahres 2025/2026 äußerte der Bayerische Realschullehrerverband (brlv) zunehmende Sorge hinsichtlich der Personalsituation an den Realschulen im Freistaat. Während der Bedarf an Lehrkräften in diesem Schuljahr noch gedeckt werden konnte, droht in den kommenden Jahren ein massiver Mangel an Bewerberinnen und Bewerbern für das Realschullehramt. „Es braucht Lösungen, um die immer weiter auseinander klaffende Deckungslücke an den Realschulen zu schließen“, forderte brlv-Vorsitzender Ulrich Babl in einer Pressemitteilung.

Laut Berechnungen des Kultusministeriums wird bis 2032 eine Deckungslücke von rund 780 Lehrkräften an den bayerischen Realschulen entstehen. Besonders dramatisch zeigt sich die Diskrepanz zwischen Einstellungsbedarf und Bewerbungszahlen in fast allen Fächerverbindungen. Eine Ausnahme bildet lediglich das Fach Wirtschaftswissenschaften, hier sind die Zahlen der Studienbeginnenden ausreichend.

KRITIK AM STELLENMORATORIUM UND AN PLÄNEN ZUR EINSCHRÄNKUNG DER FAMILIENPOLITISCHEN TEILZEIT IM ÖFFENTLICHEN DIENST

Besonders kritisch bewertete der brlv das für 2026 angekündigte Stellenmoratorium. Trotz steigender Schülerinnen- und Schülerzahlen sollen im kommenden Jahr keine zusätzlichen Lehrkräfteplanstellen geschaffen werden. Die im Raum stehenden Einschränkungen der familienpolitischen Teilzeit lehnt der brlv entschieden ab. „Gesetzliche Verschärfungen werden keine einzige Unterrichtsstunde zusätzlich generieren. Vielmehr sind Frustration und Unverständnis bei jenen Lehrkräften sicher, die sich in den vergangenen Jahren freiwillig zu Mehrarbeit bereit erklärt haben, um die Unterrichtsversorgung zu sichern“, so der Verband in einer Pressemitteilung.

VERUNSICHERUNG DURCH VERBEAMTUNGS-DEBATTE

Auch zur bundespolitischen Debatte über eine mögliche Einschränkung des Beamtentums bezog der brlv klar Stellung. Aussagen wie jene von CDU-Generalsekretär Linnemann untergruben das ohnehin fragile gesellschaftliche Image und schreckten angehende Lehrkräfte ab. Der brlv wertet Aussagen von Kultusministerin Stolz, die „felsenfest zur Verbeamtung unserer Lehr-

kräfte im Freistaat“ steht, als wichtiges und richtiges Signal der Rückendeckung.

IQB-ERGEBNISSE: ES BRAUCHT EINE TRENDWENDE – AUCH IN BAYERN!

Auch zu den Ergebnissen des jüngsten IQB-Bildungstrends, dem zufolge die Leistungen von Schülerinnen und Schülern in den Naturwissenschaften bundesweit nachgelassen haben, äußerte sich der brlv. Zwar liege Bayern weiterhin über dem Bundesdurchschnitt und gehöre wie bereits in den vergangenen IQB-Erhebungen zu den Spitzenreitern, der allgemeine Negativtrend mache jedoch deutlich, dass entschlossenes Handeln auch im Freistaat notwendig sei. Babl zufolge zeigten die Ergebnisse, „dass wir uns konsequent auf die wirklich wichtigen Dinge konzentrieren müssen: fachlich top qualifizierte Lehrkräfte, eine hochwertige und anspruchsvolle Lehrkräfteausbildung und attraktive Rahmenbedingungen, damit junge Menschen den Lehrberuf überhaupt ergreifen wollen und die Kolleginnen und Kollegen auch weiterhin motiviert und engagiert an ihrer Schule wirken.“ Grundsätzlich sei es wichtig, fokussiert zu handeln und nicht in Aktionismus zu verfallen. In Bayern seien im Rahmen der „PISA-Offensive“ bereits wichtige Weichen gestellt worden: Die stärkere Fokussierung auf die Kernbereiche Sprache und Mathematik sei ein richtiger und notwendiger Schritt. Allerdings würden diese Maßnahmen ihre Wirkung naturgemäß erst mit zeitlicher Verzögerung zeigen.

27. BAYERISCHER LANDESREALSCHULTAG: NEUWAHLEN UND DELEGIERTENBESCHLÜSSE

Im Rahmen des 27. Bayerischen Landesrealschultages fanden am 24. Oktober die Wahlen des Vorsitzenden und des sechsköpfigen Geschäftsführenden Vorstands in München statt. Ulrich Babl, seit 2023 Vorsitzender des brlv, wurde mit überwältigender Mehrheit im Amt bestätigt. Als stellvertretende Vorsitzende von Babl wurden Heidi Schreiber (Hauptpersonalrätin) und Thomas Dachs (Schulleiter Staatliche Realschule Riedenburg) wiedergewählt. Florian Klemm aus Schwaben (Schulleiter der Staatlichen Realschule Marktoberdorf und von 2021 bis 2025 Schatzmeister des brlv), komplettiert den Geschäftsführenden Vorstand als weiterer stellvertretender Vorsitzender und folgt auf Julia Firsching, die nicht erneut zur Wahl angetreten ist. Neu in das Amt des Schatzmeisters wurde Manfred Jahreis, langjähriger Schulleiter der Staatlichen Realschule Gauting, gewählt. Birgit Zollitsch (Hauptpersonalrätin) wurde als Schriftführerin im Amt bestätigt.



Ralf Neugschwender mit der neu gewählten Geschäftsführenden Vorstandschaft: Heidi Schreiber, Florian Klemm, Ulrich Babl, Manfred Jahreis, Birgit Zollitsch und Thomas Dachs (v.l.n.r.)

220 delegierte Personen aus ganz Bayern verabschiedeten, passend zum Motto des Landesrealschultages „Die Bayerische Realschule am Puls der Zeit“, wegweisende Beschlüsse, die die Arbeit des brlv in den kommenden Jahre maßgeblich prägen werden.

→ HESSEN

DIE VORSITZENDEN UNTERWEGS

Bereits im Juli 2025 trafen sich die vdl-Vorsitzenden Jörg Leinberger, Claus Eschenauer und Timo Marx zum Dialog mit Laurenz Spies, Ted Krämer und Luca Dobrita von der LSV Hessen. Vorrangig galt der Termin dem Kennenlernen und Ausloten gemeinsamer Positionen, es wurden jedoch auch Kontroversen andiskutiert. Man verständigte sich darauf, auch weiterhin im Gespräch zu bleiben und sich gegenseitig bildungs- und schulpolitisch zu unterstützen.

Am 2. September unterstützte eine hessische Delegation unter der Leitung von Jörg Leinberger den niedersächsischen Schwesterverband VNL am Messestand der mobile.schule in Hannover. Neben einer Menge Networking, Inspiration für den schulischen Alltag und einiger Give-aways kam auch der Austausch miteinander nicht zu kurz.

Im Oktober war der vdl hessen zu einem Treffen mit den kommunalen Spitzenverbände in Wiesbaden geladen. Die Themen waren zum einen der Ganzttag, zum anderen die Sanierung von Schulen und die Ferienbetreuung.

AKTUELLE BILDUNGS- POLITISCHE UND SCHULISCHE THEMEN IN HESSEN

Derzeit plant die Hessische Landesregierung gemeinsam mit der Hessischen Lehrkräfteakademie massive Einsparungen im Bereich der Lehrkräfteausbildung. Nach der Prognos-Erhebung sind Kürzungen von bis zu 25 Prozent im Bereich der Lehrkräfteakademie und der Studienseminare geplant. Dazu zählen die Verkürzung des Vorbereitungsdienstes von 21 auf 18 Monate und ein geringerer Anrechnungsfaktor für die Betreuung von Lehrkräften im Vorbereitungsdienst. Die Beförderung von Lehrkräften und Neueinstellungen bei den Auszubildenden wurden bereits gestoppt. Der vdl hessen forderte bereits in einer Pressemitteilung sowie einer Social-Media-Kampagne die Streichung der Maßnahmen. Denn Bildung brauche Investitionen statt Kürzungen.

Besorgt zeigten sich die Vertreterinnen und Vertreter des Verbands auch innerhalb der Gesamt- und Hauptpersonalräte-Gremien über Verstöße gegen die Mitwirkungsrechte der Personalvertretungen. Diese sind vollwertige Mitglieder von Auswahl- und Prüfungskommissionen, eine bloße

Beteiligung am Ende eines Verfahrens ist gesetzeswidrig. Der vdl hessen forderte daher gemeinsam mit den anderen Lehrkräfteverbänden auf allen Personalvertretungsebenen die jeweils übergeordneten Dienststellen dazu auf, die gesetzlichen Beteiligungsrechte konsequent einzuhalten.

STELLUNGNAHME

Der vdl hessen hat im Rahmen des Beteiligungsverfahrens zur überarbeiteten Richtlinie über das Lebensarbeitszeitkonto für Lehrkräfte und sozialpädagogische Fachkräfte Stellung genommen:

Er fordert, dass bei Beschäftigungsverboten in der Schwangerschaft nicht nur allgemeine Verbote nach der HMuSchEltZVO, sondern auch ärztlich angeordnete individuelle Beschäftigungsverbote und Freistellungen nach dem Mutterschutzgesetz zu einer Zeitgutschrift führen sollen. Diese Ergänzung sei notwendig, um Missverständnisse zu vermeiden und dem Schutzzweck des Mutterschutzes gerecht zu werden.

Die Regelung, dass bei Tod einer Beamtin oder eines Beamten kein finanzieller Ausgleichsanspruch für Erbinnen und Erben besteht, lehnt der Verband ab, da das Guthaben durch tatsächliche Arbeitsleistung entstanden sei. Auch die geplante Beschränkung der Freistellung auf ganze Schulhalbjahre wird kritisiert, weil sie bisherige flexible Regelungen einschränke und die Vereinbarkeit von Familie, Gesundheit und Beruf erschwere. Der Verband fordert die Möglichkeit kürzerer Freistellungszeiträume.

Beim Wechsel des Bundeslandes soll eine verbindliche Lösung zur Nutzung der angesparten Stunden gefunden werden, ein Verfall des Guthabens ohne Einigung sei sozial und rechtlich nicht vertretbar; stattdessen müsse ein finanzieller Ausgleich vorgesehen werden.

Insgesamt erkennt der vdl hessen zwar das Ziel der Verwaltungsvereinfachung an, sieht aber Verbesserungsbedarf bei Gerechtigkeit, Transparenz und sozialer Ausgewogenheit. Grundsätzlich solle das Lebensarbeitszeitkonto wie ein flexibles Girokonto geführt werden, das unbürokratische Ein- und Ausbuchungen ermöglicht. Dies würde Mehrarbeit in Teams leichter ausgleichen und den eigentlichen Zweck – den Ausgleich von Mehrbelastungen im Berufsleben – besser erfüllen. Wenn ein

Zeitausgleich nicht möglich sei, müsse das Guthaben finanziell vergütet werden, um Lehrkräfte, Schulleitungen und Verwaltung zu entlasten.

ANKÜNDIGUNG EINER VOR- GEZOGENEN VERTRETERINNEN- UND VERTRETERVERSAMMLUNG 2026

Da sich der aktuelle Landesvorsitzende des vdl hessen, Jörg Leinberger, im Sommer 2026 in den wohlverdienten Ruhestand verabschieden wird, steht im Mai des kommenden Jahres die vorgezogene Wahl eines neuen Landesvorstands bevor.

VERÄNDERUNGEN IM AKTUELLEN LANDESVORSTAND

Bereits im Sommer 2025 gab es Veränderungen im Landesvorstand des vdl hessen: Tina Horneff verabschiedete sich auf eigenen Wunsch aus dem Landesvorstand. Ihren Posten als Stellvertretung des Landesvorsitzenden übernahm Timo Marx. Gemeinsam mit Jörg Leinberger und Claus Eschenauer sowie der neuen Landeskassiererin Jasmin Richter, die das Amt von Jutta Kuhne übernommen hat, leitet er nun die Geschäfte des Verbands.

SENIORINNEN- UND SENIORENTAG IN DARMSTADT



Vor dem Residenzschloss in Darmstadt

Bei strahlendem Sonnenschein und bester Stimmung trafen sich in alter Tradition einige Seniorinnen und Senioren des vdl hessen unter der Leitung von Gudrun Mahr zum jährlichen Seniorinnen- und Seniorentag im schönen Darmstadt, um dort

bei einer Stadtführung, netten Gesprächen sowie Pizza und Pasta den Tag miteinander zu verbringen. Unterstützt wurde Gudrun Mahr von Benedikt Gehrling, Beisitzer im Landesvorstand des *vdl hessen* und gebürtiger Darmstädter, sowie einigen Mitgliedern des Landesvorstands.

ERFOLGREICHER

2. HESSISCHER GRUNDSCHULTAG IN FREIGERICHT

Am 27. September zeigte der *vdl hessen* bei der Ausrichtung des 2. Hessischen Grundschultags wieder gelungenes Teamwork mit dem Interessenverband Hessischer Schulleitungen sowie dem Grundschulverband Hessen. Mit rund einhundert Teilneh-

menden erfreute sich die Veranstaltung wieder guter Resonanz. Es wurden zahlreiche praxisorientierte Workshops für Lehrkräfte angeboten – von Grundlagen der Lernbegleitung bis hin zu digitalen Tools im Unterricht. Zu den Highlights gehörten u.a. „Gute Gründe“ für herausforderndes Verhalten mit Martina Hehn Oldiges, „Lob versus Ermutigung“ mit Bärbel Hörner und „Schreibzeit nach Beate Leßmann“ mit Selina Schuler. Weitere Workshop-Formate reichten von Gewaltprävention über kooperatives Lernen nach Roger Cousinet bis hin zu digitalen Anwendungen wie „ActivInspire“ von Promethean.

NIEDERSACHSEN

→ NIEDERSACHSEN

SCHULGESETZNOVELLE: STATUS UND POLITISCHE STOSSRICHTUNG

In Niedersachsen liegt seit Anfang Oktober 2025 eine umfangreiche Schulgesetznovelle („ÄndG NSchG 2026“) im Entwurf vor, die sich aktuell in der Verbandsbeteiligung befindet. Zuvor waren bereits zum 25. Juni 2025 Änderungen am NSchG beschlossen worden.

Die zentralen Linien der aktuellen Novelle sind:

- **Mehr Mitbestimmung und Demokratiebildung:** Demokratische Strukturen sollen stärker verankert werden, indem Schülerinnen-, Schüler- und Elternbeteiligung gestärkt werden und den Gremien klare Rollen zugeschrieben werden.
- **Einführung von „Werte und Normen“ an Grundschulen:** Ab dem Schuljahr 2026/27 soll „Werte und Normen“ an allen Grundschulen als Alternative zum Religionsunterricht eingeführt werden.
- **Nachteilsausgleich, Notenschutz und Distanzunterricht:** Die Regelungen zu Nachteilsausgleich und Notenschutz für Schülerinnen und Schüler mit Les-Rechtschreib-Störung bzw. Rechenschwäche sowie eine rechtssichere Grundlage für Distanzunterricht (z. B. bei Unwetter oder Hitze) werden im Gesetz verankert.
- **Reform der gymnasialen Oberstufe** Die Reform der gymnasialen Oberstufe (ab 2027/28) mit Abschaffung starrer Schwerpunktsetzungen und größerer

Profilfreiheit wird gesetzlich festgeschrieben.

OBERSCHULE IM FOKUS – CHANCEN UND RISIKEN FÜR DEN REALSCHULBILDUNGSGANG

Für die Oberschule sind die geplanten Änderungen besonders relevant – und aus Sicht des VNL ambivalent:

- **Mehr Spielräume in der Organisation:** Die Oberschule soll mehr Freiheit erhalten, um den Unterricht jahgangsbezogen oder schulzweigspezifisch (Hauptschule/Realschule) zu organisieren. Ab Jahrgangsstufe 9 bleibt für gymnasiale Angebote eine überwiegend schulzweigspezifische Organisation verpflichtend.
- **Option zur Umwandlung in eine IGS:** Schulträger sollen die Möglichkeit bekommen, aus einer bestehenden Oberschule bei entsprechenden Schülerin- und Schülerzahlen eine integrierte Gesamtschule „in einem Zug“ zu entwickeln, um parallele Strukturen (wie eine auslaufende Oberschule oder eine aufsteigende Integrierte Gesamtschule) zu vermeiden.

Bewertung aus VNL-Sicht mit Blick auf den VDR:

- Positiv ist, dass die Oberschule nicht weiter marginalisiert, sondern als eigenständige Schulform mit Gestaltungsspielraum ernst genommen wird.
- Kritisch ist, dass die Ausweitung der Gestaltungsspielräume ohne klare Res-

sourcen- und Qualitätsgarantien zu einer weiteren Entkernung des Realschulniveaus führen kann.

- Wo Oberschulen faktisch in Richtung IGS transformiert werden, droht der klar konturierte Realschulbildungsgang im ländlichen Raum weiter unter Druck zu geraten – sowohl organisatorisch als auch hinsichtlich der Leistungsstandards.
- Der VNL fordert daher ...
 - verbindliche Qualitätsstandards für den Realschulzweig in Oberschulen,
 - eindeutige Vorgaben, ab wann eine jahgangsbezogene Organisation pädagogisch vertretbar ist
 - sowie eine Ressourcen- und Lehrkräftezuweisung, die leistungsdifferenzierten Unterricht realistisch ermöglicht.

HANDY-HANDREICHUNG UND DIGITALER ALLTAG AN SCHULEN

Parallel zur Schulgesetznovelle hat Niedersachsen gemeinsam mit Hamburg eine Handreichung samt „Werkzeugkasten“ zum Umgang mit Smartphones und Smartwatches an Schulen veröffentlicht. Die Empfehlungen sind landesweit verbindlich und den Schulen bereits zugegangen.

Die Kernpunkte sind:

- Kein landesweites pauschales Handyverbot, sondern schulbezogene Regelungen.
- Die Schulen sind verpflichtet, innerhalb eines Jahres im Dialog mit den Eltern,

Schülerinnen und Schülern verbindliche Regeln zur Nutzung privater digitaler Endgeräte zu beschließen.

- Für Grundschulen wird ein sehr restriktiver Umgang erwartet, da „Handys dort im Regelfall nicht benötigt werden“ und an weiterführende Schulen wird auf lernbegleitende Nutzung und Medienkompetenzaufbau gesetzt (u.a. Smartphone-Führerschein, Social-Media-Sprechstunden).

Politischer Konflikt:

Die CDU-Landtagsfraktion fordert dagegen ein eindeutiges Handyverbot bis zur Klasse 10 und kritisiert die Handreichung als zu vage. Entsprechende Gesetzesinitiativen liegen vor.

Bewertung aus VNL-Sicht:

- Positiv ist der schulische Gestaltungsspielraum: Schulen können passgenaue Lösungen entwickeln und pädagogische Konzepte mit Medienbildung verbinden.
- Problematisch ist die zusätzliche Konfliktlinie: Schulleitungen und Kollegien

müssen in einem ohnehin angespannten Umfeld einen hoch emotionalisierten gesellschaftlichen Streit moderieren – ohne dass zusätzliche Zeit, Personal oder Schulsozialarbeit systematisch hinterlegt werden.

- Der VNL fordert deshalb:

- Eine rechtssichere Flankierung der schulischen Regelungen (auch hinsichtlich Aufsicht und Haftung),
- verbindliche Fortbildungs- und Unterstützungsangebote für Lehrkräfte zur Medienpädagogik,
- sowie zusätzliche Ressourcen für Prävention (Cybermobbing, exzessive Mediennutzung).

GESAMTBILD: REFORMDICHTHE VERSUS UMSETZBARKEIT

Aus Sicht des VNL ist die Reformdichte in Niedersachsen derzeit hoch: Änderungen am Schulgesetz (2025) plus umfangreiche Novelle (geplantes Inkrafttreten 2026/27), parallel neue Regelwerke zur digitalen Nutzung und laufende Debatten um Lehr-

kräftemangel, Inklusion und Ganzttag.

Für den VDR sind insbesondere zwei Bot-schaften wichtig:

- **Strukturfrage Oberschule/Realschule:** Die vorgesehene Flexibilisierung darf nicht dazu führen, dass der Realschul-standard schleichend ausgedünnt wird. Qualitätsansprüche, klare Leistungsprofile und eine realistische Ressourcenausstattung müssen gesetzlich und untergesetzlich fixiert werden.
- **Steuerungsfrage Digitalisierung/Handy-nutzung:** Schulen brauchen bei der Umsetzung digitaler Leitlinien nicht nur „Gestaltungsspielraum“, sondern auch verlässliche rechtliche Rahmenbedingungen, Fortbildung und personelle Unterstützung – sonst werden neue Konfliktfelder eröffnet, ohne Probleme tatsächlich zu lösen.

Anzeigen



MIT EINER KLASSENFAHRT

DEN HORIZONT ERWEITERN

Wunschklassenfahrt? Kommt sofort!

Klassenfahrten tragen zur Stärkung sozial-emotionaler Kompetenzen bei.

Die über 40 Jugendherbergen in Baden-Württemberg bieten spannende Programme für Klassenfahrten mit unterschiedlichen Schwerpunkten und Erlebnissen an!

Von Juli bis Sept 2026:
Noch ausreichend Platz in unseren Jugendherbergen vorhanden!

Alle Infos auch rund um die Buchung findet ihr hier:



www.jugendherberge.de/BW/klassenfahrten




Frankfurter Allgemeine
ZEITUNG FÜR DEUTSCHLANDS Schulen

Desinformationen und Social Media bewerten
Unterrichtsmaterial

Jetzt kostenfrei heruntergeladen:
fazschule.net



- ✓ Vermitteln Sie Ihren Schülerinnen und Schülern den kritischen Umgang mit Inhalten im Netz.
- ✓ Mit praktischem Quellencheck: So lernen sie, Quellen zu prüfen und die Richtigkeit von Aussagen zu hinterfragen.

Das Schul- und Lehrerportal **fazschule.net**

→ NORDRHEIN-WESTFALEN

248 Handlungsempfehlungen

Eine fraktionsübergreifende Enquetekommission des NRW-Landtags zum Thema „Chancengleichheit in der Bildung“ hat nach über zwei Jahren Arbeit Anfang Oktober ihren Abschlussbericht vorgelegt. Auf 337 Seiten liefert das Werk eine Gesamtschau auf das Thema Bildung in Nordrhein-Westfalen. Herzstück des Berichts sind nicht weniger als 248 Handlungsempfehlungen.



Die 248 Handlungsempfehlungen geben sowohl allgemein gehaltene Hinweise als auch detaillierte Umsetzungsempfehlungen für mehr Chancengleichheit in der nordrhein-westfälischen Bildung. Die empfohlenen Reformen können durchaus als einschneidend und umfassend bezeichnet werden. Über allem stehen für mich aber angesichts knapper Ressourcen die Fragen der Mach- und Finanzierbarkeit.

Die Kommission setzte sich aus elf stimmberechtigten Mitgliedern des Landtags sowie fünf externen Sachverständigen zusammen, unter ihnen auch Prof. Dr. Aladin El-Mafaalani – 2023 noch Gast auf unserem Mülheimer Kongress. Jedes Kind müsse unabhängig von Herkunft, sozioökonomischem Status, sprachlichen Barrieren oder Wohnort die gleichen Chancen auf beste Bildung haben, so Christin Siebel, Vorsitzende der Enquetekommission, in ihrem Vorwort. Der Abschlussbericht sei deshalb eine Anleitung für ein besseres und gerechteres Bildungssystem.

ZENTRALE EMPFEHLUNGEN ZUR FRÜHKINDLICHEN SOWIE SCHULISCHEN BILDUNG

... sind in den Handlungsempfehlungen Nummer 1 und 2 zusammengefasst. So soll jedes Kind mit spätestens vier Jahren auf seinen Entwicklungsstand hin getestet werden. Bei diagnostizierten Bedarfen werden die Kinder verbindlich gefördert. Beim Übergang in die Grundschule werden dann die Ergebnisse der Testungen an die aufnehmende Schule weitergereicht, die die sprachlichen Kompetenzüberprüfungen und die verbindlichen Maßnahmen fortführt.

Für das Schulwesen sollen Mindeststandards zur Qualitätssicherung definiert werden, die in inhaltliche Kerncurricula überführt werden und am Ende der Primarstufe und am Ende der Sek. I erreicht sein müssen. Die Kerncurricula beinhalten, welche Fähigkeiten und welches Wissen Kinder und Jugendliche am Ende der Bildungsstufen erlangt haben sollen und beschränken sich damit auf diejenigen Kompetenzen und Inhalte, die zum Erzielen der Mindeststandards notwendig sind.

Diesen zwei vorgeschalteten Empfehlungen folgen Handlungsempfehlungen zu insgesamt zehn Themenfeldern. Eine Auswahl:

DATENBASIERTE STEUERUNG

Die Handlungsempfehlungen zur datenbasierten Steuerung folgen dem bundesweiten Trend, Bildungssteuerung durch datenbasierte Analysen umzusetzen. Für alle Kinder ab viereinhalb Jahren soll eine verpflichtende Entwicklungsstandserhebung erfolgen, auf deren Grundlage bei Förderbedarf ein verpflichtendes Chancengleichheit im Vorfeld der Schule vorgesehen ist. Verpflichtende Sprachfördermaßnahmen bis zum Erreichen der Mindeststandards seien erforderlich, weil Sprach- und Lesekompetenz die Voraussetzung für Bildungserfolg und Teilhabe seien und die Notwendigkeit einer gemeinsamen Sprache bestehe. Folglich solle Deutsch vor dem Grundschuleintritt erlernt werden.

Zudem empfiehlt die Kommission den Einsatz einer Bildungs-ID für jedes Kind sowie eine digitale Bildungsdokumentation, durchgängig über alle Bildungsstufen und -institutionen (von der Kita bis zum Schul-

abschluss) hinweg. Diese soll einen nahtlosen Informationsfluss ermöglichen und mittels Monitorings den Lernfortschritt erfassen sowie entsprechende Interventionen bereithalten.

Schließlich wird die Weiterentwicklung von QUA-LiS (Qualitäts- und UnterstützungsAgentur – Landesinstitut für Schule) und LAQUILA (Landesamt für Qualitätssicherung und Informationstechnologie der Lehrerbildung) NRW zu einem Institut für Bildungsmonitoring und Qualitätsentwicklung zur Weiterentwicklung und Sicherung der Standards und Datenverarbeitung angeregt. Diese Erfassung von Daten und Wissen zeige Steuerungsoptionen auf und stärke die Kooperation und den Transfer zwischen Wissenschaft und Schulpraxis.

BILDUNGSSTRUKTUREN UND -ORGANISATION

Die Kommission empfiehlt flexiblere Öffnungszeiten in Kitas, um Familie und Beruf besser miteinander vereinbaren zu können. Ein verlässliches und anpassungsfähiges Kita-System sei entscheidend für Chancengleichheit und gleichberechtigte Teilhabe von Eltern am Arbeitsmarkt.

Den Schulen sei mehr pädagogische, personelle und finanzielle Autonomie zu gewähren, damit sie Unterricht und Schulleben eigenverantwortlich und an die Bedürfnisse ihrer Kinder und Jugendlichen angepasst gestalten können.

In Handlungsempfehlung 80 heißt es relativ technisch, „einen gebundenen (oder rhythmisierten) Ganztags in Nordrhein-Westfalen durch eine entsprechend erhöhte Förderung für rhythmisierte Klassen in Schulen ab Schulsozialindex 9 bis mindestens Schulsozialindex 5 zu realisieren“. Übersetzt heißt das, dass Schulen mit mittleren und großen sozialen Herausforderungen zu einer Ganztagschule umgebaut werden müssten.

SOZIALRAUM

Für dringend geboten hält die Enquetekommission eine systematische Zusammenarbeit der Bildungseinrichtungen mit den Akteurinnen und Akteuren im Sozialraum. Besonders Schulen in herausfordernden Lagen sollten als Stadtteilschulen, Familienzentren oder Familiengrundschulzentren ausgestattet sein, um schnelle Zugänge zu beispielsweise Dolmetsche-

rinnen und Dolmetschern oder dem Jugendamt zu bekommen. Ziel müsse der Auf- und Ausbau der Netzwerke sein.

INKLUSION, HETEROGENITÄT, DIVERSITÄT

Das Gremium empfiehlt den Ausbau digitaler Diagnoseverfahren und Lernangebote, um den individuellen Bedürfnissen und Bedarfen der Heterogenität der Schülerinnen und Schüler gerecht zu werden sowie innovative Unterrichtsstrukturen, um auf die Heterogenität der Lernenden einzugehen und passgenaue Förderung zu bieten. Die flexible Gruppenbildung in Lernbänden, welche auf Ergebnissen digitaler Diagnostik basiert und regelmäßig angepasst wird, böte die Möglichkeit, Lernende gezielt und differenziert nach Lernstand und -entwicklung zu fördern.

Handlungsempfehlung 125 enthält erfreulicherweise ein Bekenntnis zur Förderschule. Die Kommission empfiehlt nämlich, „das gemeinsame Lernen und die Förderschulen als gleichberechtigte Angebote sonderpädagogischer Förderung weiterzuentwickeln und bedarfsgerecht auszustatten. Beide Systeme benötigten verlässliche Ressourcen und qualitative Weiterentwicklung, insbesondere mit Blick auf die steigende Zahl von Schülerinnen und Schülern mit sonderpädagogischem Förderbedarf. Jedem Kind, egal ob am Förderort Förderschule oder in Schulen des gemeinsamen Lernens, müssten dabei die gleichen Ressourcen zur Verfügung stehen.

PERSONAL

Hier lautet der Rat des Gremiums, in Grundschulen kleinere Klassengrößen zu erreichen, insbesondere bei Grundschulen mit hohem Sozialindex. Meine Frage lautet an der Stelle: Warum nur in Grundschulen?

Empfohlen wird zudem, feste, verbindliche Teamzeiten in Schulen für das gesamte Kollegium inklusive OGS-Kräfte (Betreuerinnen und Betreuer in der offenen Ganztagschule), multiprofessionelle Teams und Integrationshelferinnen und -helfer einzuplanen, um Raum und Zeit für gemeinsame Reflexion zu schaffen.

Insgesamt wird eine auskömmliche Personalversorgung gefordert, die sich am Sozialindex ausrichtet: „Die meisten Ressourcen und das am besten qualifizierte Personal sollte dort arbeiten, wo der Unterstützungsbedarf bei den Schülerinnen und Schülern am größten ist. Die Attraktivität dieser Standorte kann beispielsweise durch Entlastungsstunden und entspre-

chende Vergütung gesteigert werden.“

Mit Blick auf die Lehrkräfteausbildung empfiehlt die Kommission unter anderem,

- zur Vorbereitung auf den Schuldienst die Praxisorientierung in der Lehrkräfteausbildung zu erhöhen und mehr Praxis in die Hochschule selbst zu holen (zum Beispiel Schullabore), um die Schulsituation zu trainieren.
- die zweite Phase der Lehramtsausbildung ggf. in Zusammenarbeit mit den Lehrkräfteverbänden grundlegend zu überarbeiten und die Ausbildung qualitativ zu bessern und an den Anforderungen des Lehrberufs auszurichten.
- die ZfsL (Zentren für schulpraktische Lehrkräfteausbildung) zu stärken und mit mehr Autonomie auszustatten. Es sollten mehr Hauptamtliche beschäftigt werden (bzw. Ausbildungsleitende, die nur noch wenig unterrichten).
- eine einheitliche Bezahlung der Fachleitungen und die Schaffung von Funktionsstellen zu prüfen.

FINANZIELLE RESSOURCEN

Die Kommissionsmitglieder befürworten die Einführung eines eigenverantwortlich einsetzbaren, sozialindexbasierten Budgets für Schulleitungen. Dieses soll flexibel für bedarfsgerechte Maßnahmen wie Qualifizierungen, den Einsatz von Honorarkräften oder Praxiseinblicke an anderen Lernorten genutzt werden können. Um größtmögliche Handlungsspielräume zu schaffen, soll dabei die Möglichkeit bestehen, Personal- in Sachmittelbudgets und umgekehrt umzuwandeln.

DIGITALISIERUNG UND KI

Im Bereich der Digitalisierung und der Künstlichen Intelligenz gehe es darum, digitale Lernanwendungen und KI als Unterstützungssysteme für Lehrkräfte und Lernende zu nutzen, indem mittels standardisierter Diagnostik frühzeitig individuelle Defizite und Fördermöglichkeiten/ Handlungsoptionen aufgezeigt würden, sodass Schülerinnen und Schüler gemäß ihren Fähigkeiten und Talenten mit Aufgaben und Herausforderungen versorgt würden. Datenbasierte Kenntnis über Kompetenzstand und -entwicklung bilde die Grundlage für bedarfsangepasste Unterstützung.

Die Enquetekommission empfiehlt darüber hinaus eine kontinuierliche Beratung durch die Fachwissenschaft und den Transfer von Forschungswissen in die Praxis, um die

lernförderliche Wirkung digitaler Lernsysteme und Evidenz von Maßnahmen bezüglich Wissens- und Kompetenzentwicklung sicherzustellen, sodass positiv evaluierte Systeme in der Schulpraxis implementiert werden könnten.

Laut Gremium müsse der Einsatz von KI zudem gezielt zur Entlastung von Schülern vorangetrieben werden. Künstliche Intelligenz könne beispielsweise Schulverwaltungen spürbar effizienter machen. Abschließend spricht sich die Kommission für eine flächendeckende 1:1-Ausstattung aller Schülerinnen und Schüler ab Klasse fünf mit digitalen Endgeräten aus.

BERUFSORIENTIERUNG, BERUFLICHE BILDUNG, AKADEMISCHE BILDUNG

Die Enquetekommission plädiert dafür, die berufliche Bildung zu stärken, ihre gesellschaftliche Wertschätzung zu erhöhen und ihre Gleichwertigkeit gegenüber der akademischen Bildung deutlich zu machen. Hierzu gehöre die frühzeitige, altersgerechte Berufsorientierung an allen Schulformen – etwa durch Rollenvorbilder, Betriebsbesuche, Ausbildungsbotschafterinnen und -botschafter sowie die Förderung freiwilliger Ferienpraktika. Das Programm „Kein Abschluss ohne Anschluss (KAoA)“ solle weiterentwickelt und frühzeitig verankert werden. Zudem müsse die Durchlässigkeit zwischen beruflicher und akademischer Bildung durch geeignete Anerkennungsverfahren verbessert werden, um flexible Übergänge zu ermöglichen. Wichtig sei darüber hinaus, dass alle Schülerinnen und Schüler ohne Schulabschluss beim Übergang von der Schule in den Beruf individuell, systematisch und zielgerichtet unterstützt würden, um sowohl einen Schulabschluss als auch einen Berufsabschluss zu erlangen.

GAMECHANGER-POTENZIAL

Einige der Handlungsempfehlungen der Enquetekommission hätten durchaus das Potenzial, ein Gamechanger für das nordrhein-westfälische Bildungswesen zu sein, wenn sie denn umgesetzt würden. So würde das verpflichtendes Chancenjahr sicherlich das Sprachniveau bei Eintritt in die Schule deutlich heben, was wiederum dazu führen würde, dass mehr Kinder am Ende der Primarstufe die Mindeststandards erreichten. Davon würden auch die weiterführenden Schulen erheblich profitieren. Die Feststellung der Kommission, dass Sprach- und Lesekompetenz die Voraussetzung für Bildungserfolg und Teilhabe seien, ist unstrittig richtig.

Besonders gefreut habe ich mich über das Bekenntnis zur Förderschule als gleichberechtigtem Angebot sonderpädagogischer Förderung. Es ist ein Fakt, dass auch heute noch über fünfzig Prozent der Schülerinnen und Schüler mit Förderbedarf in NRW an einer Förderschule unterrichtet werden. *Lehrer nrw* steht zur Förderschule und möchte, dass Eltern für ihre Kinder auch in Zukunft noch eine Wahlmöglichkeit haben.

Und auch das Plädoyer für die Stärkung der beruflichen Bildung ist aus meiner Sicht richtig und wichtig. Die Gleichwertigkeit von beruflicher und akademischer Bildung ist unserem Verband seit Jahren ein Herzensanliegen. Eine Karriere in der beruflichen Bildung muss wieder als gleichwertige Alternative zum Studium für jeden und jede erkennbar sein. Dass die Enquetekommission dazu eine eigene Handlungsempfehlung formuliert hat, zeigt aber auch, dass das Ziel noch in weiter Ferne liegt.

Handlungsempfehlung 175 greift schließlich eine Thematik auf, für die sich Lehrer

nrw schon seit Jahren einsetzt: Es geht um die einheitliche Bezahlung der Fachleitungen und die Schaffung von Funktionsstellen. Die eklatant ungleiche Bezahlung der Fachleitungen im Sek I und Sek II Bereich ist ein großes Ärgernis und muss dringend geheilt werden. *Lehrer nrw* fordert schon seit geraumer Zeit die Schaffung von Funktionsstellen für Fachleitungen im Sek I Bereich. Deshalb ist es gut, dass die Enquetekommission an dieser Stelle Farbe bekennet.

UND WIE GEHT ES WEITER?

„Für die vielen großartigen Kinder und Jugendlichen in unserem Land ist es entscheidend, dass das vorliegende Ergebnis auf einen entschlossenen politischen Willen trifft und konsequent umgesetzt wird. Die notwendigen Erkenntnisse liegen auf dem Tisch.“ Mit diesem Satz endet das Vorwort der Vorsitzenden der Enquetekommission. Und aus meiner Sicht trifft Christin Siebel hier den Kern – die entscheidenden Fragen lauten: Gelangen die Handlungsempfehlungen (oder zumindest

ein Teil davon) in die Umsetzung? Wann passiert das? Scheitert eine Umsetzung an den dafür nötigen Ressourcen? Schließlich bräuchte es nicht nur erhebliche finanzielle Mittel, sondern auch eine große Anzahl zusätzlicher Fachkräfte. Im Abschlussbericht taucht an der einen oder anderen Stelle die Formulierung „in der nächsten Legislaturperiode“ auf. Die Kommission scheint sich also selbst darüber im Klaren gewesen zu sein, dass diese 248 Handlungsempfehlungen nicht innerhalb von zwei bis drei Jahren vollumfänglich abgearbeitet werden können. Fatal wäre es jedoch, wenn der Schritt von der Erkenntnis zur Handlung auch dieses Mal wieder nicht gelänge.

Sven Christoffer



QR-Code zum
Abschlussbericht

Eine gewaltige Herausforderung

*Unter dem Titel „miteinander.stark.sicher – gemeinsam für eine gewaltfreie Schule“ hat die nordrhein-westfälische Landesregierung am 23. September ein Gewaltpräventionskonzept vorgestellt. Aus Sicht von *Lehrer nrw* ist das ein Schritt in die richtige Richtung – dem aber noch viele weitere folgen müssen.*



Als NRW-Innenminister Herbert Reul vor einiger Zeit Berufsgruppen aufzählte, denen in Ausübung ihres Dienstes für die Öffentlichkeit besonders häufig Gewalt widerfährt, nannte er neben Polizeikräften und Feuerwehrleuten auch Lehrkräfte. Vor zehn oder zwanzig Jahren wäre letztere Berufsgruppe sicherlich nicht herausgehoben worden. Auch aufgrund der beharrlichen Arbeit unseres Verbandes ist das Thema „Gewalt an Schulen“ aber mittlerweile in der Öffentlichkeit angekommen und kann von der Landesregierung nicht mehr ignoriert werden. Insofern ist es nur konsequent, dass das Ministerium des Innern gemeinsam mit dem nordrhein-westfälischen Schulministerium eine Konzeption erarbeitet hat, die Gewalt vorbeugen, Vertrauen in die Polizei stärken und Lehrkräften Sicherheit beim Umgang mit Aggressionen und Auseinandersetzungen geben soll.

„MITEINANDER.STARK.SICHER – GEMEINSAM FÜR EINE GEWALTFREIE SCHULE“

So lautet der Titel des Konzepts, das in drei Säulen unterteilt ist. Zehn Kreispolizeibehörden in Bielefeld, Bochum, Düsseldorf, Duisburg, Köln, Mönchengladbach, Olpe, Rhein-Erft-Kreis, Steinfurt und Unna werden die verstärkte Polizeipräsenz Ende

des Jahres an zwanzig Schulen in ihrem Zuständigkeitsbereich starten und damit eine einjährige Pilotphase einläuten. Was verbirgt sich hinter den Säulen?

Säule 1: Lehrkräfte lernen Techniken, um Konflikte zu entschärfen. Deeskalationstrainings sollen Lehrerinnen und Lehrer dabei unterstützen, Konfliktsituationen wirksam begegnen zu können. Diese sind vom Präventionsnetzwerk „sicherim-Dienst“ entwickelt worden, welches sich landesweit und ministeriumsübergreifend für mehr Sicherheit im öffentlichen Dienst einsetzt. Das Training soll dabei helfen, „verschiedene Gewaltformen zu erkennen, unter Einfluss von Stress ruhig zu kommunizieren und Techniken zur Konfliktvermeidung und Konfliktentschärfung anwenden zu können“.

Säule 2: Unterrichtseinheiten für ein respektvolles und gewaltfreies Miteinander sind Kernelement dieser Säule. Auf der Basis pädagogischer und kriminalpolizeilicher Expertise sei laut Pressemitteilung des Schulministeriums ein Lehrkonzept entstanden, das sowohl uniformierte, als auch zivile Polizei- und Kripobedienstete unter Leitung einer Lehrerin oder eines Lehrers vermitteln werden.

Säule 3: Im Rahmen von Schulhofgesprächen zeigen uniformierte Polizeivollzugs-

beamtinnen und -beamte der örtlichen Kreispolizeibehörde in Pausenzeiten Präsenz an Schulen. Die Gespräche dienen dem MSB zufolge keiner Kontrolle, sondern dem Aufbau und der Stärkung von Vertrauen der Schülerinnen und Schüler in die Polizei.

EIN SCHRITT IN DIE RICHTIGE RICHTUNG

Zweifelsohne ist es traurig, dass es in NRW so weit kommen musste, dass Polizeipräsenz zur Gewaltprävention an Schulen dient. Angesichts einer in Quantität, Intensität und teils auch Brutalität zunehmenden Entwicklung bei Gewaltvorfällen gegen Schulpersonal oder Mitschüler und Mitschülerinnen ist es aus meiner Sicht aber dennoch ein Schritt in die richtige Richtung. Zudem setzt das Konzept vor allem auf Prävention, ein richtiger Ansatz, denn das beste Mittel gegen Gewalt ist sicher, sie gar nicht erst entstehen zu lassen. Wir benötigen aber auch klare Hilfsstrukturen bei erfahrener Gewalt. Darum braucht es dringend ein landeseinheitliches, niedrigschwelliges Meldeverfahren. Dies kann dazu beitragen, die hohe Dunkelziffer zu senken, und Aufschluss darüber geben, in welchen Städten und Regionen am dringlichsten Handlungsbedarf für Prävention besteht.

BEZIRKSREGIERUNGEN IM FOKUS

Wem Gewalt widerfahren ist, der wendet sich häufig an seinen Dienstherrn, die Schulaufsicht, mit der Bitte um Unterstützung. Denn schließlich kann das Land von sich aus Anzeige erstatten und einen eigenen Strafantrag stellen, wenn eine Person in Ausübung öffentlicher Aufgaben beleidigt bzw. verletzt worden ist. Von dieser Möglichkeit wird aber in Teilen bei den Bezirksregierungen noch zu wenig Gebrauch gemacht, so lauten jedenfalls die Rückmeldungen, die uns als Verband erreichen. Dabei liegt das Besteck auf dem Tisch, wie die Ausführungen der Bezirksregierung Münster in der Broschüre „Gewalt gegen Lehrkräfte“ verdeutlichen:

„Das Antragsrecht des Dienstherrn ergibt sich aus der Tatsache, dass mit der Beleidigung oder Verletzung einer Person, die öffentliche Aufgaben wahrnimmt, auch „der Staat“ angegriffen wird. Er nimmt dann ein eigenständiges Strafantragsrecht wahr. (...) Damit die dienstvorgesetzte Stelle prüfen kann, ob sie einen eigenen Strafantrag stellen will, muss ihr eine entsprechende Information über die Schulleitung zum Sachverhalt vorgelegt werden. Prüfkriterien bei dieser Einzelfallentscheidung sind u.a. die Schwere des Vorfalls und der Verletzung bzw. Kränkung, ein eindeutiger konkreter Sachverhalt und die Wahrnehmung durch die Schulöffentlichkeit. Relevant können

wiederholte Regelübertretungen der Täterin oder des Täters im Vorfeld sein sowie das Votum der Schulleitung für eine strafrechtliche Ahndung. Ein eigener Antrag der Lehrperson ist nicht erforderlich; die/der Betroffene muss aber zum Vorfall und zur Frage des Strafantrags gehört worden sein.“

SAPS KÜNFTIG IN ZWEI WEITEREN BEZIRKEN

Klar ist: Von Gewalterfahrungen betroffene Beschäftigte brauchen zum einen Ansprechpartner mit juristischer Expertise, zum anderen aber auch mentale Unterstützung. Daher fordert lehrer nrw seit Jahren die Ausbildung und Etablierung von Sozialen Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartnern (kurz SAPs) in allen Bezirksregierungen. Bisher gab es solche SAPs nur in Detmold und Arnsberg. Mittlerweile werden aber auch Soziale Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner in den Bezirken Düsseldorf und Münster ausgebildet. Sie stehen Kolleginnen und Kollegen als Beratungs- und Vertrauenspersonen bei der Bewältigung persönlicher und beruflicher Schwierigkeiten zur Verfügung und bieten Hilfe zur Selbsthilfe. Ein weiterer kleiner Schritt zur Bewältigung der „gewaltigen“ Herausforderungen, vor denen wir stehen, es müssen aber noch viele weitere folgen.

Sven Christoffer

→ SAARLAND

IQB-Studie bestätigt Versäumnisse in der Bildungspolitik

Der Verband Reale Bildung (VRB) Saarland zeigt sich von den Ergebnissen der aktuellen IQB-Studie wenig überrascht. „Die problematische Situation an unseren Schulen ist seit Jahren bekannt – nur leider wurde viel zu wenig unternommen, um sie nachhaltig zu verbessern“, erklärt Karen Claassen, Landesvorsitzende des VRB Saarland.

Zentrale Probleme wie zu große Klassen, Personalmangel auf allen Ebenen und der fehlende Fokus auf gezielte Deutschförderung – insbesondere im Bereich der weiterführenden Schulen – seien seit Langem bekannt, ohne dass entsprechende Gegenmaßnahmen in ausreichendem Maße umgesetzt wurden.

Ein weiterer kritischer Punkt ist die Zusammenfassung der Fächer Biologie, Chemie und Physik zum Fachbereich „Naturwissenschaft“. Diese Strukturveränderung habe nach Ansicht des VRB wesentlich zur Verschlechterung der Schülerleistungen in den MINT-Fächern beigetragen. „Es gibt keine Ausbildung als Naturwissenschafts-

lehrkräfte – Lehrkräfte sind auf einzelne Fachgebiete spezialisiert. Die fachliche Tiefe geht durch die Zusammenlegung verloren“, so Claassen.

Darüber hinaus seien die Vorgaben der Lehrpläne in den einzelnen Fächern kaum realistisch umsetzbar, insbesondere an Gemeinschaftsschulen. „Viele Schülerinnen und Schüler verfügen nicht über den notwendigen Wortschatz, um naturwissenschaftliche Inhalte zu verstehen. Experimentelles Arbeiten, das für ein echtes Verständnis unverzichtbar wäre, kann aufgrund der heterogenen Klassenzusammensetzung oft nicht in der gebotenen Form stattfinden“, betont Claassen.

Besonders unverständlich sei die neue Gemeinschaftsschulverordnung, nach der der Unterricht in den Fächern Biologie, Chemie und Physik erst ab Klasse 9 wieder erlaubt ist. „Diese Entscheidung widerspricht dem Ziel, naturwissenschaftliches Denken frühzeitig zu fördern“, kritisiert Claassen.

Der VRB Saarland fordert daher, die Erfahrungen der Lehrkräfte aus der Praxis stärker in politische Entscheidungen einzubeziehen. „Ein intensiver Austausch zwischen dem Bildungsministerium und den Verantwortlichen vor Ort ist dringend notwendig. Nur wenn die Erfahrungen aus der täglichen Unterrichtspraxis ernst genommen werden, können tragfähige Lösungen entstehen“, so Karen Claassen abschließend.

Das „Blaulicht-Fach“ an der Gemeinschaftsschule Bruchwiese startet durch!

Fit für Notfälle – Wie sich junge Menschen frühzeitig auf Notfallsituationen vorbereiten? Die Gemeinschaftsschule Bruchwiese in Saarbrücken kennt darauf eine Antwort: Mit einem Schulfach, das Leben retten hilft!

Bisher einmalig in Deutschland wird hier mit bis zu vier Stunden pro Woche und sogar relevant für die Hauptschulabschluss-Prüfungen und perspektivisch für die des Mittleren Bildungsabschlusses unterrichtet, worauf es im schulischen Umfeld kaum zufriedenstellende Antworten gab.

Das neue Blaulicht-Profilfach bereichert das bisherige Lernangebot der Schule um Themen wie Brandschutzerziehung, Erste Hilfe aber auch Unterrichtsmodule, welche die Aspekte des Bevölkerungs- und Katastrophenschutzes in den Fokus rücken. Ziel ist es, die Jugendlichen angstfrei und praxisnah, an ihrer Lebenswelt orientiert, auf alltägliche aber auch besondere Notsituationen gut vorzubereiten.

KOMPETENZ STATT ANGST

Die ungebrochen hohe, konstante Nachfrage von Seiten der Schülerinnen und Schüler aber auch der Eltern nach zusätzlichen und vertiefenden Lernangeboten zu unseren bisherigen Erste Hilfe Kursen und Seminaren zur Brandschutzerziehung führten zu Überlegungen, wie man die hohe Nachfrage bedienen kann. Daraus konnte dann im Zuge der Änderungen in der Gemeinschaftsschulverordnung das „Blaulichtfach“ entwickelt und im Rahmen des verpflichtend einzuführenden neuen Profilsfachs auch eine entsprechend starke Gewichtung geben werden. Auf diese Weise werden in dem neuen Fach nun neben den bestehenden Angeboten (Ausbildung zum Schul- und darauf aufbauend zum Betriebssanitäter und vielem mehr) auch vertiefend die Aspekte aus dem Bevölkerungsschutz integriert und damit bewusst auch auf das Erleben von Selbstwirksamkeit bei den Schülerinnen und Schülern und auf die Entwicklung von Resilienz geachtet. Konkret und praxisnah werden Fähigkeiten vermittelt, die den Ju-



gendlichen und ihren Familien helfen, sowohl bei alltäglichen Notfällen als auch bei Krisensituationen zielgerichtet zu handeln. Das beginnt im Kleinen beim Erkennen von Notlagen und Gefahren, geht unter anderem über das Absetzen des Notrufes, den Einsatz von Kleinlöschgeräten bis hin zur Frage, wie ein Fluchtrucksack gepackt wird oder für wie viele Tage Trinkwasser im Haushalt vorgehalten werden sollte. Auch die Fragen danach, wie man sich bei Hochwasser oder Stromausfällen verhält, sollen für mögliche Gefahren sensibilisieren und den Schülerinnen und Schülern Raum geben, sich mit geeigneten Verhaltensstrategien auszurüsten – nicht mit Angst, sondern mit Kompetenz.

PROFESSIONELLE UNTERSTÜTZUNG

Eine breite Allianz aus Unterstützern der saarländischen Hilfsorganisationen, allen voran der Feuerwehr Saarbrücken, stehen der Schule mit Rat und tatkräftiger Unterstützung zur Seite, sowohl bei der Herstellung von Kontakten und Beschaffung von benötigten Informationen aber auch ganz praxisnah in Form von Unterstützung bei sogenannten Blaulicht-Praxistagen, an denen die Jugendlichen von den Auszubildenden der jeweiligen Hilfsorganisationen in eigens entwickelten Unterrichtsmodulen in der Praxis geschult werden.

Die Schule legt dadurch den Grundstein, vermittelt Grundkenntnisse und bietet aufgrund enger Kooperationen Kontakt in die Berufswelt der ‚Blaulichtszene‘ und ins Ehrenamt. Denn auch das ist ein Aushängeschild der Gemeinschaftsschule Bruchwiese: die frühzeitige und intensive Vorbereitung auf die Lebenswirklichkeit in der Berufswelt. Die bereits bestehenden Angebote der Berufsorientierung werden nun im Sinne der Nachhaltigkeit erweitert um die Berufsfelder aus der „Blaulicht-Szene“: die Berufswelt der Notärztinnen und Notärzte, Pilotinnen und Piloten, Leitstellendisponierenden, Notfallsanitäterinnen und -sanitäter aber auch die Tätigkeiten in der Berufsfeuerwehr Saarbrückens werden ausführlich vorgestellt mit allem, was für eine potentielle Karriere in diesem Berufsfeld benötigt wird.

Es geht aber im Zuge der Nachhaltigkeit des Blaulichtfaches auch um das Ebnen der Wege ins Ehrenamt, gesellschaftli-



chen Mehrwert über die Schule hinaus. Wenn man bedenkt, dass unsere Schülerinnen und Schüler zu Hause über jede Sprachbarriere hinweg zu Multiplikatoren für zielführendes Verhalten in Notsituationen werden, kann man sich die Tragweite dieses neuen Blaulichtfaches bewusst machen. Die Reichweite von Schulen bis in viele saarländische Haushalte ist schlicht nicht zu unterschätzen. Das haben auch die Kooperationspartnerinnen und -partner der Schule längst erkannt und ergänzen oftmals, dass so auch Werte wie Anerkennung gegenüber Einsatzkräften im Alltag und der Respekt ihnen gegenüber gestärkt werden können.

GUT VORBEREITET FÜRS LEBEN

Vielfältig sind die Möglichkeiten und mit wenig Aufwand ist viel zu erreichen. Der Besuch außerschulischer Lernorte, beispielsweise die Standorte der Hilfsorganisationen, laden zum Austausch der Jugendlichen mit externen Fachkräften ein. Praktische Unterrichtsmodule bauen Berührungängste ab und bieten Orientierung in der Welt außerhalb der Schule. Starker Praxisbezug steht zwar im Vordergrund, doch es geht nicht nur um die Vermittlung von Kompetenzen: Die Schülerinnen und Schüler sollen auch Haltung entwickeln, sollen stark und mit vielen wichtigen Erfahrungen, mit gestärkter Sozialkompetenz aber auch mit Mut und Freude am eigenständigen Lernen nach ihrem Schulabschluss ins Leben entlassen



werden – gewissermaßen fit fürs Leben und mit der Erfahrung, für Notfälle gut vorbereitet zu sein.

Alle Unterrichtseinheiten führen am Ende der jeweiligen Schullaufbahn zu erstrebenswerten Zertifikaten und Urkunden, die der eigentlichen Bewerbung für den Beruf nach der Schule beigelegt werden können und beispielsweise die Teilnahme am Erste Hilfe Kurs, der für den Führerschein gültig ist, nachweisen, ebenso die Zertifikate über die Lehrgangsteilnahme „Brandschutzhelfer/in“ bzw. „Betriebs-sanitäter/in“ – ein echter Mehrwert für die Bewerbung auf den eigentlichen Beruf, gewissermaßen als Sprungbrett in die Berufswelt.

Die Module folgen einem didaktischen Prinzip „vom Kleinen zum Großen“. Sowohl

innerhalb der einzelnen Unterrichtsmodule als auch im Gesamtlehrplan, der im Frühjahr 2025 mit der verantwortlichen Lehrkraft und den Ansprechpersonen der saarländischen Hilfsorganisationen ausgearbeitet wurde.

Während die Schule sich um pädagogische Konzepte, didaktische und methodische Ansätze kümmert und adressatengerechte, an der Lebenswirklichkeit der Jugendlichen orientierte Lernangebote entwickelt, stehen die externen Fachkräfte der Schule mit Rat und Tat zur Seite, was die Einbeziehung von Einsatzkräften aller saarländischen Hilfsorganisationen in das Blaulichtfach anbetrifft. Der enge und regelmäßige Austausch zwischen Schule und externen Fachkräften und Auszubildenden der saarländischen Hilfsorganisationen trägt maßgeblich zum sehr intensiven Praxisbezug des



Blaulichtfaches für die Jugendlichen bei – einer Win-Win-Situation für die Schule aber auch für das Ehrenamt im Saarland.

→ SACHSEN

Der Sächsische Lehrerverband zur Arbeitszeitstudie

Am 13. Oktober 2025 hat das Staatsministerium für Kultus die Ergebnisse der Arbeitszeitstudie veröffentlicht. Die Arbeitszeitstudie erfasste und quantifizierte laut Abschlussbericht die Tätigkeiten von 3.772 Lehrkräften und 386 Schulleitungen von 34.000 Beschäftigten in allen Schularten im Zeitraum vom 29. Juli 2024 bis 10. August 2025. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer mussten verpflichtend in Echtzeiterfassung und Selbstaufzeichnung ihre Arbeitszeit mit einer App des Dienstleisters Prognos AG dokumentieren.

Die Auswertung ergab, dass 69 Prozent der Vollzeitlehrkräfte mehr als vierzig Stunden in den Schulwochen arbeiten, aber dies in der unterrichtsfreien Zeit ausgleichen. Dagegen leisten Teilzeitlehrkräfte deutlich Mehrarbeit, indem sie im Durchschnitt 1,4 Stunden wöchentlich über ihrem Soll arbeiten. Auch Dreiviertel der Schulleitungen leisten in Schulwochen 4,8 Stunden und in den Ferien 2,6 Stunden pro Woche Mehrarbeit.

Weiterhin schwankt der Arbeitsumfang im Schuljahr. Zu Schuljahresbeginn ist die Arbeitsbelastung geringer als zum Schuljahresende oder in der Prüfungszeit.

Die Arbeitszeit verteilt sich inhaltlich auf dreißig Prozent Unterricht, 25 Prozent Vorbereitung und Nachbereitung und zehn Prozent unterrichtsnahe Aufgaben laut Veröffentlichung. Die übrigen 35 Prozent fallen auf andere Tätigkeiten.

Der Kultusminister Conrad Clemens resümiert: „Diese Arbeitszeituntersuchung setzt mit ihrer Detailtiefe neue Maßstäbe. Erstmals liegt uns ein umfassendes und vor allem repräsentatives Bild der Arbeitszeit von Lehrkräften und Schulleitungen

vor. Ein Gremium aus Expertinnen und Experten wird die Ergebnisse in den kommenden Monaten auswerten und Empfehlungen erarbeiten. Eine Schlussfolgerung zeichnet sich schon jetzt ab: Lehrkräfte, die mehr arbeiten wollen, sollen das langfristig nutzen können. Deshalb werden wir freiwillige Arbeitszeitkonten einführen, mit denen Lehrkräfte ihre Unterrichtsverpflichtung für drei Jahre freiwillig erhöhen und nach einem Wartejahr für drei Schuljahre im gleichen Umfang wieder reduzieren können.“ Allerdings stellt er auch fest, dass keine strukturellen Faktoren im Schulsystem zur Überlastung führen, sondern dass es eher um individuelle Ausgestaltung der Arbeitszeit gehe. Dementgegen konstatiert er, dass viele Lehrkräfte Mehrarbeit leisten und verspricht, dass die Vorgriffstunde nicht eingeführt werden soll. Auch weil das Modell in Sachsen-Anhalt rechtlich gescheitert sei.

Der SLV erkennt die Überbelastung der Lehrkräfte an und fordert demnach, dass das Maßnahmenpaket zurückgenommen und Lehrkräfte sofort entlastet werden sollen. René Michel, 1. stellvertretender Landesvorsitzender des SLV, erklärt:

„Die Ergebnisse zeigen, dass Lehrkräfte und Schulleitungen in den Schulwochen mehr arbeiten als ihre vereinbarte Sollzeit. Statt diese Realität endlich anzuerkennen, setzt Minister Clemens mit seinem Maßnahmenpaket noch eins drauf. Das ist ein Schlag ins Gesicht der Kolleginnen und Kollegen.“ Er fordert, dass der Dienstherr oder Arbeitgeber seiner Schutzfunktion und Fürsorgepflicht nachkommt. Die Belastung sollte nicht weiter erhöht werden, etwa durch schulartübergreifende Abordnung oder Kürzung der Anrechnungstunden, vielmehr sollte die Regelstundenzahl gesenkt, die Lehrkräftearbeitszeitverordnung auf den Stand vor den Änderungen im August 2025 zurückgeführt und Assistenz- und Verwaltungsstellen dauerhaft finanziert und unbefristet besetzt werden.

Zur Lösung stellt der SLV seinen Mitgliedern ein eigenes Arbeitserfassungstool zur Verfügung, damit sie die erhöhte Arbeitsbelastung bei einer gleichzeitigen Verdichtung der Arbeitsinhalte, dokumentieren können. Lehrkräfte und Schulleitungen sowie Assistenzen können ab dem 1. November 2025 kostenlos mit dem Erfassungstool der MiZeI GmbH ihre Arbeitsmenge sichtbar erfassen, unbezahlte Mehrarbeit rechtssicher dokumentieren und deren Vergütung beim Freistaat Sachsen einklagen können.

Madeleine Helbig

→ SACHSEN-ANHALT

Neuer Bildungsminister und Abschaffung der Vorgriffsstunde

Das Schuljahr 2025/26 hatte in Sachsen-Anhalt mit einem Paukenschlag begonnen, da der Ministerpräsident unseres Bundeslandes, Reiner Haseloff, mit dem Ende des vorangegangenen Schuljahres die Bildungsministerin Eva Feußner von ihren Aufgabenbereichen entbunden hatte. Mit Jan Riedel wurde ein neuer Bildungsminister ernannt. An dieser Stelle möchte der Vorstand des Sekundarschullehrerverbandes Sachsen-Anhalt Eva Feußner für ihre durchaus engagierte Tätigkeit als Bildungsministerin danken. Während ihrer Tätigkeit als Ministerin hatte sie sich in der Hauptsache für die Gewinnung von Lehrkräften eingesetzt.

Der neue Bildungsminister hat als eine seiner ersten Amtshandlungen einige umstrittene und heiß diskutierte Erlasse seiner Vorgängerin (u. a. Mindestzahl für Schülerinnen und Schüler/Klasse in Ballungszentren, geänderte Stundenzuweisungen pro Schule, Skikurserlass) zurückgenommen bzw. geändert. Wie sich die Bildungspolitik unter dem neuen Minister entwickelt, wird die Zukunft zeigen. Viel Zeit verbleibt ihm nicht, da im kommenden Kalenderjahr die Landtagswahlen in Sachsen-Anhalt anstehen. Trotz allem wünscht der Sekundarschullehrerverband Jan Riedel eine erfolgreiche Arbeit und eine große Portion pädagogischen Optimismus.

Einen weiteren Paukenschlag bildete die Entscheidung des Bundesverwaltungsge-

richtes Leipzig in Bezug auf die Erteilung der sogenannten Vorgriffsstunde. Die in Sachsen-Anhalt angeordnete Mehrarbeit für alle Lehrkräfte in Form einer zusätzlichen Wochenstunde wurde durch das Bundesverwaltungsgericht gestoppt und als rechtswidrig erklärt. Die Vorgriffsstunde wurde seit April 2023 für alle Schulformen festgelegt und war so geplant, dass sich die Lehrerinnen und Lehrer diese Stunde als Extraarbeitszeit auszahlen lassen, ansparen oder absummeln konnten. Auch der Vorstand des Sekundarschullehrerverbandes Sachsen-Anhalt hat seit Beginn dieser verordneten Stunde dagegen angekämpft, dennoch hatte eine Vielzahl von Gerichtsentscheidungen bis dahin die gesetzliche Rechtmäßigkeit der Vorgriffsstunde bestätigt. Wir sind deshalb sehr erfreut, dass das

Bundesverwaltungsgericht Leipzig diese Stunde gekippt hat. Die Entscheidung stellte den neuen Bildungsminister vor eine erste Bewährungsprobe. Riedel hat daraufhin alle Lehrkräfte in Sachsen-Anhalt gebeten, diese Vorgriffsstunde auch weiterhin zu halten, aber auf freiwilliger Basis und als bezahlte Mehrstunde. Dieser Bitte sind die meisten Lehrerinnen und Lehrer nachgekommen und für diese Einsatzbereitschaft bedanken wir uns bei ihnen.

Für die kommenden Schuljahre hat das Bildungsministerium angekündigt, die Idee der Vorgriffsstunde so umzugestalten, dass sie dem Urteil des Bundesverwaltungsgerichtes entsprechen wird.

Das Beispiel der Vorgriffsstunde zeigt, dass sich gewerkschaftliche Arbeit durchaus lohnt, auch wenn der Prozess mitunter länger dauert und oft auch sehr mühsam ist. Das Ergebnis war es durchaus wert und wir als Vorstand freuen uns, dass sich unsere Ausdauer und unser Engagement gelohnt haben.

Dietmar Frühauf

Anzeige

Exzellent!

Die Leistungen des Apple iPhone 17 und die smarten Business Mobil Tarife der Telekom sprechen für sich – und machen Ihren Arbeitsalltag einfach. Jetzt zugreifen!







iPhone 17



**Connecting
your world.**

Exklusiv: tolle Angebote für Sie

- Online: mitarbeiterangebote.telekom.de oder QR-Code scannen
- Kostenfreie Hotline: 0800 33 0034531
- E-Mail: rv-mitarbeiterangebote.gk@telekom.de
- Persönliche Beratung in allen Telekom Shops vor Ort: www.telekom.de/terminvereinbarung

Ihre Vorteilsnummer: **MA053**



Einladung zur Bundesdelegiertenversammlung 2026

Der Verband Deutscher Realschullehrer (VDR) lädt gemäß § 10 Nr. 3 der gültigen Satzung zur 26. Delegiertenversammlung mit Neuwahlen – und damit zu der wichtigsten bildungspolitischen Veranstaltung des Bundesverbands nach Bad Kissingen ein.

Vom 7. bis 9. Mai 2026 treffen sich Delegierte aus allen Landesverbänden im Hotel Frankenland in Bad Kissingen, um gemeinsam die Weichen für die nächsten vier Jahre Verbandsarbeit zu stellen. Die Wahl der Delegierten, deren Anzahl in der Satzung geregelt ist, erfolgt in den Mitgliedsverbänden des VDR. Diese Delegierten sind spätestens zwei Monate vor der Bundesdelegiertenversammlung zu benennen und an die Bundesgeschäftsstelle des VDR zu übermitteln.

Im Mittelpunkt stehen zentrale Entscheidungen: die Wahl des neuen Geschäftsführenden Vorstands, die Beratung und Abstimmung über Anträge aus den Landesverbänden sowie der intensive Austausch über aktuelle Herausforderungen und Zukunftsfragen der schulischen Bildung. Darüber hinaus bietet der Bundesrealschultag vielfältige Gelegenheiten zur Vernetzung über die eigenen Verbandsgrenzen hinaus.

Anträge an die Delegiertenversammlung werden durch die Mitgliedsverbände gestellt. Die Kolleginnen und Kollegen mögen sich deshalb wegen besonderer Anliegen an die Vorstandschaft ihres jeweiligen Landesverbandes wenden. Die Anträge sind nach § 10 Nr. 4 spätestens zwei Monate vor der Bundesdelegiertenversammlung dem Geschäftsführenden Vorstand vorzulegen. Die Einladungen zur Bundesdelegiertenversammlung an die von den Mitgliedsverbänden benannten Delegierten erfolgen durch den Bundesvorsitzenden des VDR.

Ein besonderes Highlight erwartet die Teilnehmenden bei der Festveranstaltung im historischen Kurtheater Bad Kissingen.

Ralf Neugschwender
VDR-Bundesvorsitzender



A never ending story – Sommerferien in Deutschland

Jedes Jahr im Sommer entflammt in Lehrkräftezimmern und Verbänden erneut die Debatte über die Ferienregelungen der Bundesländer. Oft verläuft sie polemisch und ohne belastbare Argumente. Um die absehbare Diskussion im Jahr 2026 auf eine sachlichere Grundlage zu stellen, werden hier die zentralen Fakten zusammengetragen.

Die Fakten

Artikel 25 der „Ländervereinbarung über die gemeinsame Grundstruktur des Schulwesens und die gesamtstaatliche Verantwortung der Länder in zentralen bildungspolitischen Fragen“ von 2021 legt eine Gesamtzahl von 63 Ferientagen (bei einer Fünf-Tage-Woche) fest. Zudem regelt er, dass die Sommerferien regional gestaffelt werden und die Kultusministerkonferenz sie langfristig terminiert. Die übrigen Ferientage bestimmen die Länder eigenständig.

Die heutige Regelung basiert jedoch auf dem Hamburger Abkommen von 1964. Die Bundesländer wurden damals in fünf Feriengruppen eingeteilt, die ihre Sommerferien rollierend beginnen. Nur Bayern und – seit 1995 – Baden-Württemberg gehören zur festen Gruppe V. Sie starten stets erst Ende Juli/Anfang August und enden Mitte September. In einem SZ-Interview erklärte der damalige KMK-Vorsitzende Hans Maier, Bayern habe sich 1971 „geopfert“, da kein anderes Land den späten Termin übernehmen wollte. (Link: <https://www.sueddeutsche.de/bayern/bayern-sommerferien-termin-debatte-soefer-maier-li.3286419>)

Die Diskussion

Im Sommer 2025 gewann die Debatte erneut an Schärfe. Laut SZ stellte die nordrhein-westfälische Bildungsministerin Dorothee Feller (CDU) das bayerische Privileg des spätesten Ferienbeginns öffentlich infrage. Bayerns Ministerpräsident Markus Söder bezeichnete den späten Termin als „in der DNA verwurzelt“ und

lehnt weitere Diskussionen grundsätzlich ab. Der frühere bayerische Kultusminister Hans Maier versuchte, die Hintergründe zu erklären – jedoch ohne erkennbaren Einfluss auf die Positionen in Bayern, NRW, Sachsen oder Rheinland-Pfalz, die sich ebenfalls eingeschaltet hatten. Auch noch im Oktober wird in der Rubrik „Angespitzt“ der Verbandszeitschrift unseres Mitgliedsverbands lehrer-nrw gegen Söder mächtig ausgeteilt (Link: <https://lehrernrw.de/wp-content/uploads/lehrer-nrw-2025-4.html>, S. 30). Grundtenor jeglicher Diskussion ist, die bayerischen Schülerinnen und Schüler (und natürlich auch Lehrkräfte) hätten immer besseres Wetter, günstigere Hotelpreise und weniger Stau.

Der Faktencheck

Ob es sich beim Streit um eine reine Neiddebatte oder einen berechtigten Vorwurf handelt, soll ein kurzer – aufgrund der Fülle der möglichen Auswertungen unvollständiger – Faktencheck klären.

Exemplarisch wurden verschiedene Reiseziele betrachtet, deren Preise für alle deutschen Ferienzeiträume 2026 im November 2025 erhoben wurden. Tatsächlich liegen die Preise in der letzten bayerischen Ferienwoche meist niedriger als im Juli und August – was angesichts der europäischen Hauptsaison wenig überrascht.

Auch die ADAC-Staudaten zeigen ein klares Muster: Das staureichste Wochenende 2025 war der 1.–3. August, als alle Bundesländer zeitgleich Ferien hatten. In den Wochen davor und danach entspannte sich die Lage deutlich – schlicht, weil we-

niger Menschen unterwegs waren.

Der Wettervergleich ist komplexer. Für den Faktencheck wurden die Sommerferienzeiträume von NRW und Bayern anhand der Wetterdaten von Düsseldorf und Regensburg gegenübergestellt. Während es für Regensburg 2025 kaum Unterschiede zwischen möglichen Ferienzeiträumen gab, zeigten sich in Düsseldorf deutliche Abweichungen bei Sommertagen und Niederschlagstagen.

Spannend ist der Vergleich des eigenen Wohnortes zu den verschiedenen Zeiten. So ist es für Regensburg im Jahr 2025 tatsächlich nahezu egal, wann die Sommerferien gewesen wären. Für Düsseldorf hat es einen Unterschied gemacht – bei den Sommertagen (Tage über 25,0 °C) und bei den Niederschlagstagen. An dieser Stelle müssen interessierte Leserinnen und Leser selbst tätig werden und vergleichen, ob man tatsächlich mit anderen Ferien besser fahren würde.

Ein bayerisches Blitzlicht

Ein Blick auf die Perspektive bayerischer Lehrkräfte – deren Rückmeldungen selbstverständlich nicht repräsentativ sind, aber typische Erfahrungen widerspiegeln – zeigt, dass der späte Ferienbeginn nicht ausschließlich Vorteile mit sich bringt. Viele verweisen auf konkrete Herausforderungen, die sich aus dem traditionellen Ferienrhythmus ergeben:

- **Hohe Belastung durch Prüfungszeiten:** Abschlussprüfungen in Bayern fallen häufig in die heißesten Wochen des Jahres, einschließlich der anschließenden Korrekturphase.
- **Begrenzte Freizeitmöglichkeiten für Kinder:** Viele Freibäder schließen bereits Ende August, sodass ein Teil der Sommerferien außerhalb der üblichen Öffnungszeiten liegt.
- **Früh sinkende Temperaturen:** In den Septemberwochen ist es abends oft bereits kühl, was Freizeitaktivitäten im Freien einschränkt.
- **Ungleiche Vorbereitungszeiten auf Prüfungen:** Bayerische Abiturientinnen und Abiturienten starten deutlich später in ihre Lernphase als ihre Altersgenossinnen und -genossen in anderen Bundesländern.

	Sommerferien NRW 12.7.2025–26.08.2025		Sommerferien Bayern 01.08.2025–15.09.2025	
	Regensburg	Düsseldorf	Regensburg	Düsseldorf
Sonnenscheindauer	296,1h	324,4h	301,7h	313,3h
Sommertage	24	23	23	18
Heiße Tage	10	5	8	4
Niederschlag	97,3l/qm	81,8l/qm	98,2l/qm	134,9l/qm
Tage mit > 1l/qm	18	13	19	14
Tage mit > 5l/qm	7	7	8	8
Tage mit > 10l/qm	3	4	2	5

Ferienhaus SPO ¹	2.100€	2.100€	2.100€	2.100€	2.100€	2.100€	2.100€	2.100€	2.100€	2.100€	1.750€
Camping Italien ²	692€	732€	732€	732€	732€	732€	732€	732€	652€	519€	512€
Flug nach Porto ³	452€	498€	455€	422€	497€	500€	411€	402€	423€	418€	421€
Pauschalreise Ägypten ⁴	646€	722€	741€	740€	753€	857€	800€	748€	764€	752€	700€
AIDA cosma ⁵	–	3.030€				3.180€		3.360€		2.615€	
	Woche 1	Woche 2	Woche 3	Woche 4	Woche 5	Woche 6	Woche 7	Woche 8	Woche 9	Woche 10	Woche 11
	27.6.–4.7.	4.–11.7.	11.–18.7.	18.–25.7.	25.7.–1.8.	1.–8.8.	8.–15.8.	15.–22.8.	22.–29.8.	29.8.–5.9.	5.–12.9.
Gr. I											
Gr. II											
Gr. III											
Gr. IV											
Gr. V											

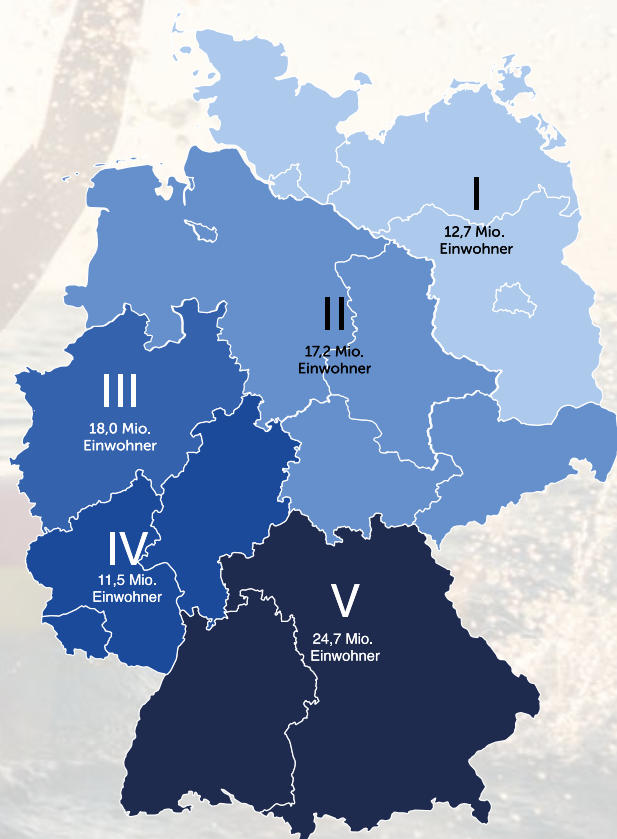
¹ Ferienhaus an der Nordseeküste in Sankt Peter-Ording, 1 Woche, Haus für 6 Personen

² Campingplatz an der italienischen Adriaküste, 2 Erwachsene 2 Kinder, 1 Woche

³ Flug 1 Person von Frankfurt nach Porto: Abflug Sonntag, 9:00 Uhr, Rückflug Sonntag, 16:20 Uhr, Economy Classic

⁴ Pauschalreise Ägypten über Tui, 5 Nächte 2 Erw., all inclusive, Flug ab Berlin, Anreise immer Montag, Preis p.P., Golden Beach Hurghada It. Preiskalender

⁵ Schiffsreise mit der AIDA Cosma, „Mediterrane Schätze mit Sardinien ab Barcelona“, 2 Erw. 1 Kind, Meerblickkabine, ohne Anreise



Diese Rückmeldungen zeigen, dass der späte Ferienbeginn durchaus Belastungen mit sich bringt und kein reiner Vorteilstermin ist. Der bayerische Ferienrhythmus hat sich vielmehr historisch entwickelt, ist in seine Struktur eingebettet und hat sich für Schulen, Familien und Betriebe als gut planbar und verlässlich erwiesen. Verlässlichkeit mag daher nicht nur für Bayern ein Vorteil sein, sondern auch ein möglicher Lösungsansatz für andere Bundesländer.

Die Meinung des Autors

Die bayerischen Ferien orientieren sich traditionell an den kirchlichen Feiertagen. Von der Lage des Osterfestes hängen Faschings-, Oster- und Pfingstferien ab. Die Sommerferien liegen stets im August und frühen September. Allerheiligen- und Weihnachtsferien strukturieren den Herbst und Winter. Hauptkritikpunkte in Lehrkräftezimmern betreffen insbesondere die stark schwankenden Zeitspannen

zwischen Weihnachten und Fasching sowie zwischen Pfingsten und den Sommerferien.

Was macht die anderen Länder unzufrieden? Der Preisunterschied von fünfzig Euro für eine Pauschalreise kann es kaum sein. Entscheidend ist die hohe Planbarkeit des festen Ferienrhythmus. Ein starres Modell für alle Bundesländer könnte daher mehr Akzeptanz schaffen. Sollten Bayern und Baden-Württemberg eines Tages ebenfalls ins rollierende System wechseln und dabei ungünstig platziert werden, könnte dies erhebliche Mehrkosten verursachen.

Die Diskussion zeigt aus meiner Sicht zwei gesellschaftliche Probleme besonders deutlich:

1. Wir gönnen einander wenig.
2. Wir benennen Probleme, ohne an Lösungen mitzuwirken.

Die Aussicht auf 2026

Der Autor freut sich über Lösungsvorschläge, Wettervergleiche und Preisanalysen. Die Sommerferientermine sind bis 2030 festgelegt; die aktuelle Periode wurde bereits 2021 beschlossen. Daher könnte die Diskussion 2026 erneut aufflammen – hoffentlich weniger polemisch und stärker lösungsorientiert. Vielleicht gelingt ein nüchterner Blick auf die Vorteile bestehender Regelungen. Vielleicht entstehen konkrete Vorschläge. Wahrscheinlich aber bleibt alles beim Alten.

Bernd Bischoff

NEUE UNTERRICHTSFÄCHER WIE GLÜCK, DEMOKRATIEBILDUNG ODER KRISENVORSORGE

Was kommt als nächstes Fach?

„Mein Vorschlag ist, dass in einem Schuljahr in einer Doppelstunde mit älteren Schülerinnen und Schülern darüber diskutiert wird, welche Bedrohungsszenarien es geben kann und wie man sich darauf vorbereitet. Kinder sind wichtige Wissensträger in die Familien hinein“, so Innenminister Alexander Dobrindt.

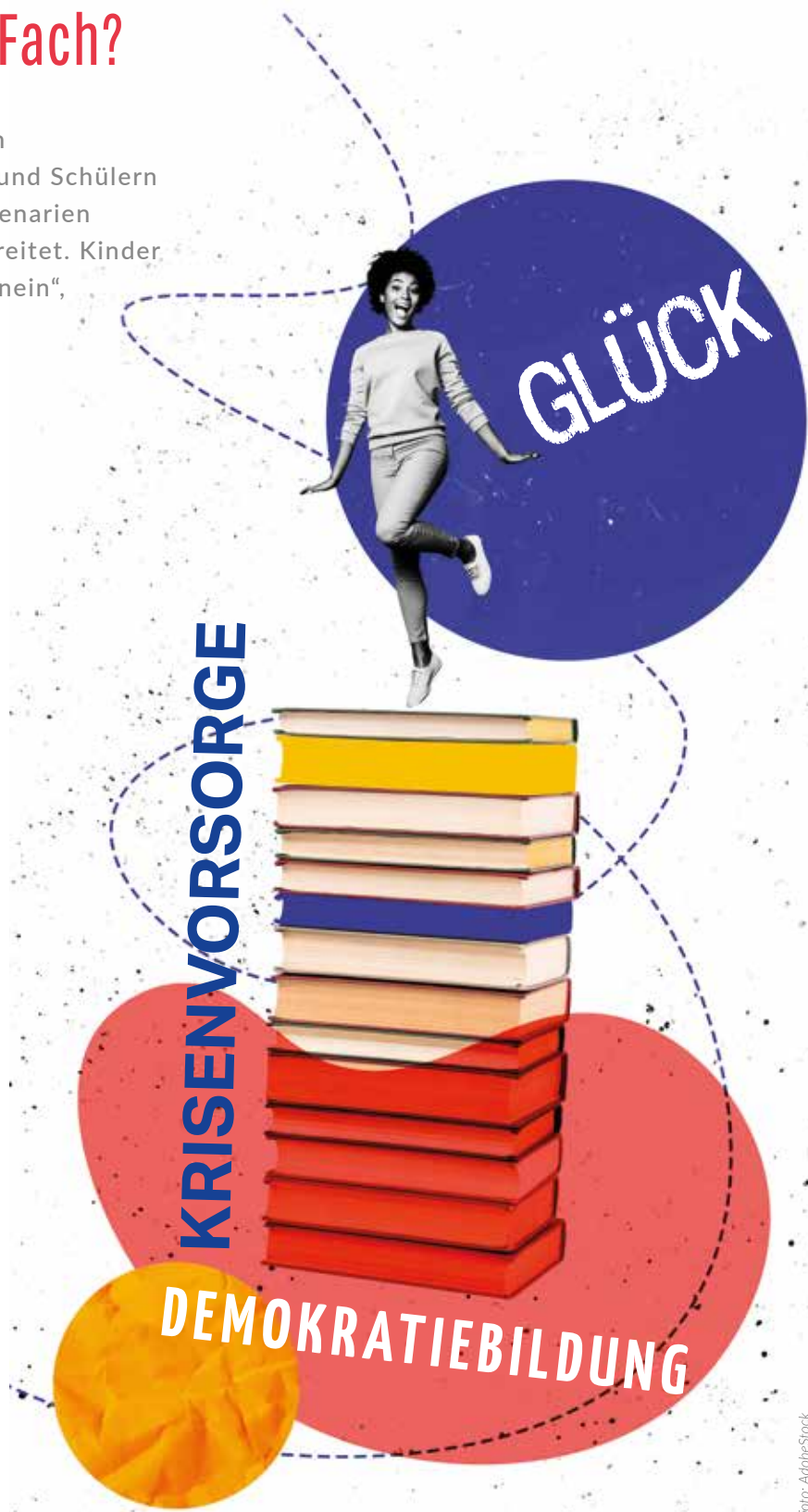
In den letzten Jahren wurden in der deutschen Bildungslandschaft vermehrt neue Unterrichtsfächer und Bildungsangebote gefordert, diskutiert und teilweise eingeführt. Nach der Pandemie rückte z.B. Gesundheits- und Soziallernen in den Fokus, nach der „Fridays for Future“-Bewegung die Nachhaltigkeitsbildung, und angesichts digitaler Umwälzungen die Medienbildung.

Nehmen wir als Beispiele das Schulfach „Glück“ zur Förderung des Wohlbefindens oder „Demokratiebildung“ zur Stärkung demokratischer Kompetenzen. Betrachten wir gesellschaftliche und politische Faktoren, die zur Forderung, Diskussion und teilweise Einführung der Fächer führten, um dann Argumente und verschiedenen Sichtweisen zu den neuen Fächern zu betrachten.

Gesellschaftliche und politische Faktoren

In einer zunehmend heterogenen Gesellschaft wird die Fähigkeit zur demokratischen Teilhabe und zum respektvollen Zusammenleben wichtiger. Zunehmender Leistungs- und Erfolgsdruck in der Gesellschaft und Schule führen zu erhöhtem Stress und psychischen Belastungen. Die Veränderungen in der Lebenswelt von Kindern und Jugendlichen durch soziale Medien, Leistungsdruck, Unsicherheiten, und Zukunftsängsten verlangen neue Bildungsinhalte über klassisches Fachwissen hinaus.

Der Anstieg populistischer, autoritärer Tendenzen sowie eine sinkende politische Beteiligung macht Demokratiebildung an Schulen dringlicher. Die Schule stellt einen Ort zur Stärkung von demokratischer Kultur und zur Prävention von Extremismus dar. Sie soll nicht nur Wissen vermitteln, sondern auch Handlungskompetenz für demokratisches Zusammenleben eröffnen. Bildungspolitische Reformen fordern



neue Qualifikationen, Kompetenzbereiche und damit neue Fächer oder stärkere Fächer-Schwerpunkte.

Debatte und verschiedene Sichtweisen

Diese gesellschaftlichen und politischen Faktoren erklären die Forderung, aber was spricht für oder gegen neue Fächer? Befürwortende gehen davon aus, dass neue Fächer Fähigkeiten adressieren, die im traditionellen Kanon zu kurz kommen. Zum Beispiel stärkt das Fach Glück Selbstwertgefühl und Empathie oder das Fach Finanzbildung erhöht die finanzielle Selbstständigkeit und verhindert Überschuldung. Die Schülerinnen und Schüler stehen neuen, lebensnahen Fächern überwiegend aufgeschlossen gegenüber. Der Landesschülerrat Sachsen schlug 2024 vor, angesichts von Schulstress und psychischer Belastung ein Fach Glück in den Lehrplan aufzunehmen. Grundsätzlich betonen Schülerinnen- und Schülervertretungen, dass Schule sie besser auf das Leben nach der Schule vorbereiten sollte – sei es durch eigenständige Fächer oder durch eine Reform der Lerninhalte innerhalb der klassischen Fächer.

Andererseits beansprucht jedes neue Fach Wochenstunden, die anderswo gekürzt werden müssten. Der Stundenplan ist bereits voll und aufgrund des Lehrkräftemangels werden Stundenkürzungen vorgenommen; zusätzliche Fächer können Stress und Belastung erhöhen – für Schülerinnen und Schüler wie Lehrkräfte. Das Schulsystem wird unübersichtlich und überfordert, wenn kurzfristig und reaktiv neue Schulfächer eingeführt werden.

Ein weiteres Argument für neue Fächer ist deren Relevanz für das Leben. Fächer wie Glück oder Finanzen machen den Unterricht lebensnäher. Schülerinnen und Schüler lernen Dinge, die sie im Alltags- und Berufsleben unmittelbar benötigen – etwa wie man gesund bleibt oder demokratisch mitbestimmt. Dies kann die Motivation steigern, weil der Sinn des Gelernten direkt erkennbar wird. Auch dem Bundeselternrat sind vor allem Fächer wichtig, die die Gesundheit und Lebensbewältigung der Kinder fördern. So hat der Bundeselternrat im Jahr 2025 explizit gefordert, Gesundheitsbildung zum festen Bestandteil der Schule zu machen. Hintergrund war eine Studie der Krankenkasse DAK, der zufolge 84 Prozent der Schülerinnen und Schüler nur über geringe Gesundheitskompetenz verfügen (z.B. in Ernährung, Bewegung,

Medienkonsum). Eltern sehen hier dringenden Handlungsbedarf und wünschen sich, dass Schule stärker grundlegendes Wissen über gesundes Leben vermittelt – von Prävention durch gesunde Ernährung und sportlicher Aktivität bis zum Umgang mit psychischen Belastungen. Insgesamt erwarten Eltern von der Schule, dass sie auf moderne Herausforderungen reagiert. Es sollen finanzielle Allgemeinbildung (um Überschuldung junger Menschen vorzubeugen), politische Bildung (damit Kinder Demokratie verstehen und leben), sowie Lebenskompetenzen (damit Jugendliche zu selbstständigen und gesunden Erwachsenen werden) gelehrt und gelernt werden. Viele Eltern betonen jedoch auch, dass Schule dies nicht allein schaffen kann – die Zusammenarbeit mit Elternhaus und außerschulischen Partnern sei wichtig.

Die Kultusministerien der Länder reagieren unterschiedlich auf Forderungen nach neuen Schulfächern. Generell betonen die Bildungsministerien, dass viele der angesprochenen Themen bereits im bestehenden Kanon querschnittartig behandelt werden. Beispielsweise wird Demokratiebildung laut Kultusministerkonferenz als übergreifendes Bildungsziel angesehen, dem grundsätzlich alle Fächer verpflichtet sind. Statt ein eigenes Pflichtfach Demokratie einzuführen, haben die Länder nach einem KMK-Beschluss von 2018 vor allem ihre Lehrpläne angepasst und Projekte gestartet. So erklären die Ministerien übereinstimmend, Demokratieerziehung finde in allen Fächern und im Schulleben statt; als Beispiele nennen sie Klassenräte, Projekttag oder die Stärkung bestehender Fächer wie Politik/Gemeinschaftskunde.

Ähnlich verfahren die Kultusministerien bei anderen Themen: Anstatt jedes Anliegen mit einem neuen Schulfach zu beantworten, werden oft integrative Lösungen bevorzugt. In vielen Ländern wurden Finanz- und Verbraucherbildung in bestehende Fächer (Mathematik, Wirtschaft, Politik) eingebaut, ohne dass überall ein eigenes Fach Finanzen auf dem Stundenplan steht. Die Kultusminister verweisen auch darauf, dass jede Einführung eines Fachs zu Lasten anderer Unterrichtszeiten ginge – in einem vollgepackten Stundenplan muss sorgfältig abgewogen werden, was entfallen könnte.

Hinzukommt das Inhalte neuer Fächer oft unscharf definiert sind. Ohne offiziellen Lehrplan besteht die Gefahr uneinheit-

licher Qualität. Zudem überschneiden sich neue Fächer teils mit bestehenden z.B. Glück mit Ethik und Philosophie, Finanzen mit Mathematik und Wirtschaft. Zudem herrscht Lehrkräftemangel. Es ist fraglich, wer neue Fächer unterrichten soll, zumal eine spezialisierte Ausbildung fehlt. Ohne zusätzliches Personal drohen entweder Unterrichtsausfall oder fachfremder Unterricht. Auch organisatorisch stellen neue Fächer Schulen vor Herausforderungen, weil u.a. die Stundentafel geändert oder Lehr- und Lernmaterial bereitgestellt werden muss.

Schule ist keine Reparaturanstalt der Gesellschaft

Grundsätzlich sollten Zukunftsthemen in der Schule behandelt werden. Das wusste schon Klafki 1962. Auch sollte die Gegenwartsbedeutung für die Schülerinnen und Schüler zentral sein angesichts von Leistungsdruck, Krisen und gesellschaftlichen Umbrüchen. In Ländern wie Schweden, Israel, Japan gibt es bereits Unterrichtsangebote zum Zivilschutz oder Naturkatastrophen. Die Fachkräfte für neue Fächer könnten aus dem bestehenden Lehrpersonal stammen. Es könnten Fortbildungen angeboten und Materialien erstellt werden. Beim Katastrophenschutz könnten externe Experten wie Jugendoffizierinnen und -offiziere oder Fachleute vom Technischen Hilfswerk (THW), dem Deutschen Roten Kreuz oder der Feuerwehr eingeladen werden, um praktische Kenntnisse zu vermitteln (vgl. S. 34).

Aber ohne Lehrkräfte in maroden Schulgebäuden mit fehlender Ausstattung werden weder die traditionellen noch neue Fächer unterrichtet werden können. Auch werden die notwendigen Einstellungen von sozialpädagogischen Fachkräften und von schulpsychologischem Personal nicht vorgenommen. Absurd erscheint mir insbesondere der Multiplikatoreffekt, dass Schülerinnen und Schüler als „wichtige Wissenstragende in die Familien“ hineinwirken könnten. Sollten Schülerinnen und Schüler wirklich Mittel zum Zweck der Krisenversorge ihrer Eltern sein? Weder Schülerinnen und Schüler noch Lehrerinnen und Lehrer sollten instrumentalisiert werden. Die Schule bereitet auf ein gelingendes Leben vor, ist aber keine Reparaturanstalt der Gesellschaft und keine Institution, die populären oder öffentlichkeitswirksamen Forderungen dienen noch alle Erziehungsaufgaben übernehmen kann oder sollte.

*Madeleine Helbig
Vorsitzende Fachverband Oberschule SLV*

didacta stellt Motto für 2026 vor: „Alles im Wandel. Bildung im Fokus“

Die Messe rückt die Relevanz von Bildung in einer von Krisen und Wandel geprägten Zeit in den Fokus und setzt mit vier Top-Themen wichtige Impulse für Zukunftskompetenzen, Gesundheit, Digitalisierung und Nachhaltigkeit. Wie gestalten wir Bildung in einer Welt im Wandel? Diese Frage rückt zunehmend in den Fokus, denn technologische, gesellschaftliche und ökologische Veränderungen fordern neue Kompetenzen und neue Bildungswege. Genau hier setzt die didacta 2026, die vom 10. bis 14. März 2026 in Köln stattfindet, mit ihrem neuen Motto an: „Alles im Wandel. Bildung im Fokus“.

„Als größte Fachmesse für alle Bildungsbereiche haben wir die Herausforderungen in unserem Bildungssystem, die sich auch gesellschaftlich auswirken, genau im Blick. Die Lösung sehen wir im Dialog und der Auseinandersetzung um den Zugang zu bester Bildung für alle. Die Plattform hierfür bieten wir auf der didacta, die wir im kommenden Jahr unter das Motto ‚Alles im Wandel. Bildung im Fokus‘ gestellt haben. Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Gesellschaft werden hier gemeinsam Wege für die Bildung der Zukunft aufzeigen.“, so Dinah Korb, Geschäftsführerin der Didacta Ausstellungs- und Verlagsgesellschaft mbH.

Bildung als Antwort auf den Wandel

Das Motto der didacta 2026 spiegelt die Realität wider: Bildung ist heute weit mehr als Wissensvermittlung. Sie ist ein Schlüssel zur individuellen wie gesellschaftlichen Resilienz. Sie stärkt Menschen darin, Veränderungen zu verstehen, Verantwortung zu übernehmen und aktiv an der Gestaltung der Zukunft mitzuwirken. Die Messe stellt daher im kommenden Frühjahr nicht nur aktuelle Produkte und Lernlösungen vor, sondern bietet auch Raum für Debatten, Impulse und Perspektiven.

Die vier Top-Themen der didacta 2026 im Überblick:

Zukunfts- und Basiskompetenzen

Welche Kompetenzen brauchen Menschen, um sich in der Welt von morgen zurechtzufinden? Und inwiefern müssen die Lehrpläne dies widerspiegeln und dementsprechend verändert werden? Die didacta gibt Antworten und setzt den Fokus auf kritisches Denken, Problemlösung, kulturelle Bildung und Demokratieverständnis. Ziel ist es, die Handlungsfähigkeit jedes Einzelnen zu stärken und gesellschaftliche Teilhabe zu fördern.

Gesundheit und Wohlbefinden

Gute Bildung braucht gesunde Rahmenbedingungen – körperlich und mental. Daher werden auf der didacta Aspekte wie Resilienzförderung, Achtsamkeit, Bewegung, gesunde Ernährung und Sensibilisierung für psychische Belastungen im Bildungskontext eingehend beleuchtet.

Digitalisierung und Künstliche Intelligenz

Digitale Technologien verändern, wie wir lehren, lernen und arbeiten. Die didacta zeigt dabei sowohl die Chancen als auch die Herausforderungen im Umgang mit digitalen Tools. Behandelt werden Fragen über den Einsatz von KI im Unterricht bis hin zu digitaler Ethik und Medienkompetenz. Im Fokus steht dabei stets der niederschwellige Zugang zu diesen Anwendungen für alle, um Chancengleichheit zu schaffen.

Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE)

Ob Klimakrise, soziale Ungleichheit oder globale Gerechtigkeit: Bildung spielt eine zentrale Rolle für nachhaltige Transformation. Die didacta zeigt, wie BNE dabei hilft, Verantwortung zu übernehmen und die UN-Nachhaltigkeitsziele in der Bildungsarbeit zu verankern.

Anzeigen

Europäische Bewegung Deutschland
Schirmherr: Der Bundespräsident

ew
Europäischer Wettbewerb

Dein Europa: Recht, Respekt – Realität?!

73. Europäischer Wettbewerb 2026

Menschenrechte bilden das Fundament Europas. In Krisenzeiten – etwa durch politische Konflikte, soziale Ungleichheit oder den Klimawandel – geraten sie jedoch zunehmend unter Druck. Wir laden Kinder und Jugendliche ein, in ihren kreativen Werken zu zeigen, wie sie Menschenrechte erleben und was Rechte wie Meinungsfreiheit, Schutz vor Diskriminierung oder Kinderrechte für sie persönlich bedeuten.

Mitmachen lohnt sich! Es gibt zahlreiche Preise zu gewinnen: Bücher, Spiele und Kunstmaterialien, Gutscheine und Geldpreise, oder Reisepreise, z. B. auf Einladung des Bundeskanzlers, ins Europaparlament nach Brüssel oder in den Bundestag.

Die Aufgaben und mehr Information finden Sie unter ew2026.de

Scan me

Gefördert durch:
Auswärtiges Amt
Bundesministerium für Bildung, Familie, Senioren, Frauen und Jugend

Weitere Förderer:
Kulturländer der Länder
Deutscher Bundestag
Bundesrat
Presse- und Informationsdienst der Bundesregierung
Friedrich-Ebert-Stiftung
Stiftung Wuppertal

Empfohlen von:
KULTUSMINISTER KONFERENZ

Mit Unterstützung von:
Europaschied
Deutscher Bund

aufgrund eines Beschlusses des Deutschen Bundestages

AKUT-AUFNAHME MÖGLICH

Erschöpft vom Schulalltag? Wir sind für Sie da.

Lehrkräfte tragen eine immense Verantwortung, oft bis an die Grenzen der Belastbarkeit.

Unsere Privatkliniken bieten gezielte Hilfe bei:

- Burnout, Erschöpfung, Angst
- Schlafproblemen, psychosomatischen Beschwerden
- Chronischem Stress durch den Berufsalltag

In geschützter Atmosphäre bieten wir individuelle Therapiekonzepte – diskret, professionell und mit Verständnis für die besonderen Herausforderungen Ihres Berufs.

Warten Sie nicht, bis es zu viel wird!

Nehmen Sie sich Zeit für sich. Ihre Auszeit beginnt hier.

◆ Klinik Spreewald
◆ Klinik Bad Waldsee
◆ Klinik Burg Wernberg

Vincera Privatkliniken für Psychosomatische Medizin und Psychotherapie
Vincera Holding GmbH | Schlossberg 10 | 92533 Wernberg-Köblitz
www.vincera-kliniken.de

BURNOUT • DEPRESSIONEN • ÄNGSTE • TRAUMA

Der richtige Ort,
um gesund zu werden!





klinik wersbach

Klinik für Psychosomatik,
Psychiatrie und Psychotherapie

Schnelle Hilfe für die Seele

Stationär • Teilstationär

Unsere Kooperationspartner








Wir sind für Sie da!

Tel.: (0 21 74) 398-0

www.klinik-wersbach.de

Wersbach 20 • 42799 Leichlingen-Witzhelden • Tel.: (0 21 74) 398-0 • Fax (0 21 74) 398-398 • info@klinik-wersbach.de



empfiehlt Ihnen



Hotel & Restaurant

www.gut-landscheid.de

IMPRESSUM

Herausgeber

Verband Deutscher Realschullehrer
Mitglied im Deutschen Beamtenbund (dbb) und
im Deutschen Lehrerverband (DL)

Verband der Lehrerinnen und Lehrer
im Sekundarbereich

Ralf Neugschwender
Dachauer Str. 44 a · 80335 München
Tel.: +49 (89) 55 38 76
Fax: +49 (89) 55 38 19
info@vdr-bund.de

Redaktionsteam

Bernd Bischoff, Sven Christoffer, Dirk Meußer,
Kerstin Mück, Madeleine Helbig
Tel.: +49 (89) 55 38 76
info@vdr-bund.de

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben
nicht in jedem Fall die Meinung des Heraus-
gebers oder der Schriftleitung wieder.

Verlag

Druckerei Humbach & Nemazal GmbH,
Ingolstädter Str. 102, 85276 Pfaffenhofen

Layout

Daniela Boudgoust, www.bizzdesign.de

Zuschriften

Beiträge, Zuschriften und Besprechungsstücke
erbeten an die Schriftleitung. Für unverlangt
eingesandte Beiträge wird keine Verantwortung,
für unverlangt eingehende Bücher, Schriften
oder Arbeitsmittel keine Verpflichtung übernom-
men. Rücksendung erfolgt nur, wenn Rückporto
beiliegt. Alle Rechte, auch auszugsweisen Nach-
drucks der fotomechanischen Wiedergabe und
der Übersetzung, bleiben vorbehalten.

Anzeigenverwaltung



A. V. I. Allgemeine Verlags- und
Informationsgesellschaft mbH
Hauptstraße 68a
30916 Isernhagen
Tel.: +49 (05139) 98 56 59-0
Fax: +49 (05139) 98 56 59-9
info@avi-fachmedien.de
z. z. gültige Preisliste Nr. 13 vom 1.2.2023

Bestellungen und Adressänderungen

Druckerei Humbach & Nemazal GmbH,
Ingolstädter Str. 102, 85276 Pfaffenhofen

Bildmaterial

Soweit nicht anders gekennzeichnet, stammen
die Fotos aus dem VDR-Archiv.

Erscheinungsweise

Die BILDUNG REAL erscheint 3 x jährlich.
Redaktionsschluss: 4 Wochen vor Erscheinen.

Bezugsbedingungen

Das Bezugsgeld ist für Mitglieder des VDR
im Mitgliedsbeitrag enthalten.

Inland: Jahresabonnement € 15,-
Einzelheft € 5,50 jeweils zuzüglich
Versandkosten. Alle Preise enthalten
die gesetzliche MwSt.

Ausland: Jahresabonnement € 18,-
zuzüglich Versandkosten und gesetzliche MwSt.

Die Bezugsdauer verlängert sich jeweils um ein
Jahr, wenn bis zum 1. Dezember keine Abbe-
stellung vorliegt.

Erfüllungsort und Gerichtsstand

Pfaffenhofen

**Redaktions- und Anzeigenschluss
für die Ausgabe Nr. 1-2/2026
ist der 11. März 2026**

**Der VDR wünscht
Ihnen fröhliche
Weihnachten und ein
gesundes neues Jahr.**

